Jahresbericht 2016/17

ATLANTIK-BRÜCKE

Programme

Konferenzen

Die Atlantik-Brücke veranstaltet eine Reihe von Konferenzen zu wirtschafts- sowie außen- und sicherheitspolitischen Themen, an denen hochrangige Vertreter aus der deutschen und amerikanischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, den Medien und den Streitkräften teilnehmen.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Mit hochkarätigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen bietet die Atlantik-Brücke ihren Mitgliedern sowie externen Experten und Entscheidungsträgern eine Plattform für einen intensiven, geschützten Austausch über aktuelle transatlantische Themen.

Arbeitsgruppen

Mit diesem Format fokussiert die Atlantik-Brücke ihre inhaltliche Arbeit auf die Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Finanzen und Märkte, Klima und Energie sowie Digitalisierung. Vier Arbeitsgruppen, geleitet von Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke, binden die Erfahrung und Expertise der Mitglieder ein und regen eine interdisziplinäre und lösungsorientierte Debatte an.

Regionalgruppen

Mit den Regionalgruppen werden die Netzwerke der Atlantik-Brücke-Mitglieder bundesweit und auf der anderen Seite des Atlantiks gestärkt. Kulturelle Veranstaltungen stehen ebenso auf dem Programm wie politische und wirtschaftliche Themen. Die Regionalgruppen werden von Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke geleitet.

Studienreisen

Die transatlantischen Beziehungen leben vor allem von der persönlichen Begegnung. Einmal jährlich organisiert die Atlantik-Brücke deshalb Delegationsreisen in die USA. Im Austausch mit Politikern, Journalisten, Thinktank- und Wirtschaftsvertretern bekommen die Mitglieder fundierte Informationen aus erster Hand. Auch deutschen und amerikanischen Lehrern ermöglicht die Atlantik-Brücke ein intensives Kennenlernen der USA bzw. Deutschlands: Mit Studienreisen auf die jeweils andere Seite des Atlantiks fördert sie das Wissen bei dieser wichtigen Multiplikatorengruppe.

Young Leaders-Programm

Das Young Leaders-Programm identifiziert und vernetzt exzellente deutsche und amerikanische Nachwuchsführungskräfte. Das intensive Austausch schafft dauerhafte berufliche und persönliche Verbindungen und verankert den transatlantischen Dialog in der nächsten Generation.

Inhalt

Vorwort S. 002–003

Das Jahr bei der Atlantik-Brücke S. 005–107

Themendossier S. 109–119

Jahreschronik der Atlantik-Brücke S. 121–126

Impressum S. 128

Magnus-Haus

Friedrich Merz

David Deißner

Vorwort

Das Jahr 2017 begann mit einer Wendung für die transatlantischen Beziehungen. Mit der Inauguration Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten betrat ein Mann die politische Weltbühne, der nicht nur mit Medien und Justiz auf Konfrontationskurs geht, sondern auch wie kein anderer US-Präsident vor ihm die Grundfesten der amerikanischen Außenpolitik infrage stellt.

Die raubeinige Rhetorik des neuen Präsidenten war für viele irritierend genug. Wirklich besorgniserregend war gerade für viele Europäer jedoch die Kernbotschaft seiner Antrittsrede: Anstatt sich als globale Ordnungsmacht zu verstehen und den Welthandel voranzubringen, werde sich Amerika fortan wieder auf sich selbst konzentrieren – auf die amerikanische Wirtschaft, auf amerikanische Jobs, auf den Schutz der eigenen Grenzen.

Mit diesem Bezug auf die Interessen des amerikanischen Volkes, das sich in weiten Teilen von den kosmopolitisch gesinnten Eliten Washingtons nicht mehr repräsentiert fühlt, sieht sich Trump in der geistigen Erbfolge des siebenten Präsidenten der USA, Andrew Jackson (1767 – 1845). Für die „Jacksonians" besteht der Auftrag der Politik nicht in einer an universellen Werten orientierten globalen Mission, sondern vornehmlich darin, sich für den Wohlstand und die Sicherheit der amerikanischen Bürger einzusetzen – bei minimaler Einschränkung ihrer individuellen Freiheit. Wie Jackson sieht sich Trump als Gegner des politischen Establishments. Der Rückgriff auf seinen vor 188 Jahren gewählten Amtsvorgänger ist nicht nur problematisch, weil dieser Sklaven hielt und die rechtliche Grundlage der Indianervertreibung legte, sondern weil die Idee eines von den Problemen dieser Welt unabhängigen Amerikas wie aus der Zeit gefallen erscheint.

Wie auch immer sich die amerikanische Politik der Regierung Donald Trump entwickelt, die Vereinigten Staaten brauchen auch in Zukunft vertrauensvolle Gesprächspartner. Wir sehen uns in der Atlantik-Brücke gerade jetzt gefordert, für eine verlässliche europäisch-amerikanische Partnerschaft einzutreten. Der offene und konstruktive Austausch über den Atlantik war selten so notwendig und so schwierig zugleich. Über unsere Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen des vergangenen Geschäftsjahres, dessen zweite Hälfte bereits von der neuen Regierung in Washington geprägt ist, informieren wir Sie im vorliegenden Jahresbericht; außerdem präsentieren wir Ihnen eine Reihe von Gastbeiträgen zu den vor uns liegenden Herausforderungen.

Wir danken wie jedes Jahr sehr herzlich allen Mitgliedern, Freunden und Partnern, die mit ihrer Unterstützung unsere Arbeit erst ermöglichen.

Ihr

Friedrich Merz

Ihr

David Deißner

Das Jahr bei der Atlantik-Brücke

Deutsch-Amerikanische Konferenz

**„Toward a New Transatlantic Narrative:
The German-American Partnership in Turbulent Times“**

Als Botschafter Dr. Peter Wittig ein halbes Jahr vor der US-Präsidentschaftswahl die Deutsch-Amerikanische Konferenz eröffnete, schien es, als hätte er da bereits eine Abkühlung der transatlantischen Beziehungen antizipiert: „In stürmischen Zeiten bieten nur unsere Beziehungen eine starke Basis, um Krisen gemeinsam zu meistern.“ Er warnte vor nationalistischen Tendenzen und betonte, dass sich Europa und die USA nicht auf den Status quo verlassen dürften, sondern ihre Zusammenarbeit reflektieren und stärken müssten. Dieser Appell zog sich als Leitfaden durch die Konferenz.

Dr. Vali Nasr, Dekan der Johns Hopkins School of Advanced International Studies, befasste sich mit den außenpolitischen Herausforderungen an die transatlantischen Partner. Mit Blick auf China und Russland, aber auch den Nahen Osten konstatierte er den Zusammenbruch der Pax Americana. Er hob hervor, dass Europa und die USA die Sicherung der Weltordnung aktiv vorantreiben müssen. Dieses Thema wurde auch im Gespräch zwischen Dr. Thomas Bagger, Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, und Dr. Charles A. Kupchan, Senior Director for European Affairs des National Security Council, aufgegriffen. Kupchan fürchtete, die USA könnten in ihren außenpolitischen Allianzen allzu eurozentrisch handeln. Bagger betonte, dass Deutschland daran gewöhnt ist, seine Führungsrolle im Vergleich zu den USA zu relativieren, dies aber in Zukunft überdenken muss.

Mit den angespannten Beziehungen zu Russland beschäftigten sich Professor Alexey P. Portanskiy vom World Economy Department der National Research University in Moskau; Dr. Norbert Röttgen, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, und Dr. Celeste A. Wallander, Senior Director for Russia and Central Asia beim National Security Council. Die Panellisten betonten, dass der Dialog mit Russland unbedingt aufrechterhalten werden muss. Gleichzeitig sei ein geschlossenes und bestimmtes Auftreten Russland gegenüber essenziell. Auf weiteren Panels wurden TTIP, der Schutz von Sicherheit und Privatsphäre in einer digitalen Welt und die Flüchtlingskrise diskutiert. Rund 200 deutsche und amerikanische Teilnehmer waren zur Deutsch-Amerikanischen Konferenz gekommen, die die Atlantik-Brücke in Kooperation mit dem American Council on Germany ausrichtet.

oben
Matthias Machnig,
Eric A. Spiegel,
Friedrich Merz,
Michael Punke,
Michael Hüther

unten
Gordon Repinski,
Kai Hennig

Brian Klein
Katja Gloger,
Bradley Shingleton

oben links
Jackson Janes,
Wolfgang Ischinger

oben rechts
Ines Pohl

mitte links
Jens Hanefeld,
Friedrich Merz,
Thomas Bagger,
Wolfgang Ischinger

mitte rechts
Andreas Fibig,
Markus Kaim,
Omid Nouripour

unten
Benedikt Freiherr
von Schröder,
Rudolph Houck

oben
Ian Wallace,
Tobias Lindner,
John Schmitz

unten
Norbert Röttgen

Studienreise für amerikanische Lehrer

15 Lehrer aus Ohio entdecken Deutschland

“It will take me the rest of the summer to process and fully understand the impact upon my teaching“, fasste die World-Studies-Lehrerin Kristin Schnerer aus Toledo, Ohio, die vielen Eindrücke der Studienreise durch Deutschland zusammen.

Die Reise, an der Sozialkunde- und Geschichtslehrer aus dem Bundesstaat Ohio teilnahmen, führte von München und Garmisch-Partenkirchen über Dresden nach Berlin. Auf dem Programm standen Besuche von Schulen und Unternehmen sowie der Gedankenaustausch mit Persönlichkeiten aus Politik, Medien und Thinktanks.

“It will take me the rest of the summer to process and fully understand the impact upon my teaching“

Auch in diesem Jahr trugen viele Mitglieder und Young Leaders-Alumni der Atlantik-Brücke dazu bei, das Programm zu gestalten. So bekamen die Lehrer eine Stadtführung durch München von den Young Leaders-Alumni Carsten von der Linden und Roman Deininger und wurden anschließend vom Landtagsabgeordneten Markus Blume (CSU) im Bayerischen Landtag willkommen geheißen. Dort führte Blume die Gruppe durch das historische Gebäude und beantwortete Fragen zur deutschen Politik auf Länderebene.

Der Besuch des George C. Marshall Centers in Garmisch-Partenkirchen gehörte zu den Highlights der Woche. Direktor Keith W. Dayton und Dr. Robert Brannon, Dekan des College of International Security Studies, stellten die Programme des Marshall Centers vor und führten anschließend mit den Lehrern eine Diskussion über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen.

In München erhielten die Lehrer in der BMW Welt Einblicke in die Berufsausbildungsmöglichkeiten des Unternehmens, aber auch in die BMW-Produkt- und Marketingstrategien. Am Abend in Dresden lud Karsten Uhlmann, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke, die Amerikaner in seine Feldschlößchen Brauerei ein und schilderte beim anschließenden, typisch deutschen Abendbrot seine Erlebnisse aus DDR-Zeiten sowie seine persönliche Geschichte des Mauerfalls. Dadurch eröffnete er den Lehrern neue Einblicke in diesen wichtigen Teil der deutschen Geschichte.

oben links
Basketballdiskussion in der Turnhalle der Oberschule Cossebaude

oben rechts
Im Bayerischen Landtag mit Markus Blume

mitte rechts
Abendessen und Gespräch mit Karsten Uhlmann in der Feldschlößchen Brauerei

unten
Gespräch mit Schülern und Lehrern der Oberschule Cossebaude

In der Oberschule Cossebaude in Dresden kamen die Lehrer mit Schülern aus der achten Klasse ins Gespräch. Besonders beeindruckt waren jene, die am Deutschunterricht für Flüchtlingskinder teilnehmen durften. Lainie Keper von der Islander Middle School beschrieb den Besuch als „incredibly powerful“ und nahm sich nach diesem Erlebnis vor: “I will advocate for my school to act on the refugee crisis.”

Nach einem historischen Nachmittag samt einem Rundgang durch die Frauenkirche in Dresden mit Pfarrer Sebastian Feydt besuchten die Lehrer die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. Direktor Frank Richter gewährte ihnen Einblicke in die Ziele und Methoden der Zentrale. Seine persönlichen Geschichten über die deutsche Wiedervereinigung und seine Empfehlungen für den Politikunterricht begeisterten die Lehrergruppe.

Auch das Programm in Berlin wurde von den Mitgliedern und Young Leaders-Alumni mitgestaltet. Die Lehrer führten eine lebendige Diskussion im Bundestag mit den Abgeordneten Metin Hakverdi (SPD), Dr. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) und Mark Hauptmann (CDU/CSU) zum Thema „Meinungsfreiheit und Populismus“. Im Anschluss begrüßte der Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit Jürgen Hardt (CDU/CSU) die Gruppe zum Mittagessen im Internationalen Club des Auswärtigen Amtes und sprach über die transatlantische Kooperation und über die Notwendigkeit eines offenen Dialogs vor dem Hintergrund immer komplexer werdender Konflikte. Im Magnus-Haus informierten sich die Lehrer über die aktuelle Flüchtlingskrise. Dr. Sebastian Muschter, kommissarischer Präsident des LAGeSo; Juliane Schäuble vom „Tagesspiegel“ sowie Joachim Jäger und Mario Geiger vom Deutschen Roten Kreuz berichteten von ihren Erfahrungen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise in Deutschland. Insbesondere wurde über die Rolle der Medien diskutiert und ihr Einfluss auf die politische Stimmung in Deutschland und den USA beleuchtet.

“The people I’ve met here have shown me that it’s okay to be more open and direct with my students, even about politics“

Als Repräsentant der Berliner Start-up-Szene stellte Young Leader-Alumnus Uwe Horstmann sein Unternehmen Project A vor. Hier bekamen die Lehrer Gelegenheit, den Gründergeist Berlins zu erleben.

Die deutsche Geschichte nahm auf der Studienreise eine wichtige Rolle ein. Besonders berührt war die Gruppe nach dem Besuch des Museums und der Gedenkstätte Sachsenhausen. “Sachsenhausen – being there, where truly horrible things happened, will fundamentally change how I discuss the Holocaust“, resümierte Kristin Schnerer von der Start High School in Toledo.

Die Reise fand ihr Ende bei einem festlichen Abendessen in Berlin. Am Sonntagmorgen machten sich die Lehrer auf die Rückreise in die USA. Der Abschied war „bittersweet“, aber die Vorfreude der Gruppe darauf, ihr Erlebtes mit Freunden, Familie und vor allem Schülern zu teilen, war riesig. Andrew Carr von der Swanton High School stellte fest: “The people I’ve met here have shown me that it’s okay to be more open and direct with my students, even about politics.”

oben links
Besuch bei BMW mit Oliver Rademacher

oben rechts
Besuch beim George C. Marshall Center

mitte links
Schneeballschlacht und Selfies auf der Zugspitze

mitte rechts
Gespräch im Bundestag mit Metin Hakverdi, Tobias Lindner und Mark Hauptmann

unten
Die Lehrer beim George C. Marshall Center

Lunch Discussion mit Rudolph W. Giuliani

Gespräch über Cybersicherheit mit dem ehemaligen New Yorker Bürgermeister

Rudy Giuliani, ehemaliger Bürgermeister von New York City und Chair Cybersecurity, Privacy and Crisis Management Practice bei Greenberg Traurig, war für eine Gesprächsrunde im kleinen Kreis zu Gast bei der Atlantik-Brücke. Bei einer Lunch Discussion mit rund 50 Mitgliedern und Gästen sprach Giuliani im China Club über seine neue Aufgabe im Bereich Cybersicherheit. Er berichtete, wie hilfreich dafür seine Erfahrungen im Krisenmanagement während seiner Zeit als Bürgermeister von New York gewesen seien. Mithilfe des damals eingeführten Programms CompStat (kurz für „Computer Statistics“) wurden systematisch kriminelle Vorfälle und Polizeieinsätze in der Stadt erfasst. Dies erlaubte vorausschauendes Handeln sowie eine effektive Ressourcenplanung und führte dazu, dass die Zahl schwerer Verbrechen um 85 Prozent gesenkt werden konnte. Effizientes Krisenmanagement sei auch im Bereich Cybersicherheit wichtig. Giuliani wies darauf hin, dass Cybersicherheit nicht als nationale, vielmehr als eine globale Herausforderung zu verstehen ist. Gegenseitiges Vertrauen sei für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der transatlantischen Partner besonders wichtig. Im Anschluss an den Vortrag wurde beim gemeinsamen Mittagessen lebhaft diskutiert.

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der American Chamber of Commerce in Germany und Greenberg Traurig Germany statt.

oben
Rudolph W. Giuliani

mitte links
Matthew Ganz,
Richard Rosenbaum,
Michael Fabich,
Sonja Terraneo

mitte rechts
Volker Rühe,
Jürgen Großmann

unten links
Kai Andrejewski,
Michael Kolz

unten rechts
David Knower,
Rudolph W. Giuliani

Arbeitsgruppe Klima und Energie

„Mission Innovation – Clean Energy Collaboration after Paris“ mit Melanie A. Kenderdine, Director of the Office of Energy Policy and Systems Analysis im U.S. Department of Energy

Melanie A. Kenderdine, die unter Präsident Obama im Energieministerium tätig war und zu den führenden Köpfen amerikanischer Energiepolitik gehört, sprach bei ihrem Besuch in Berlin über die „Mission Innovation“. Diese globale Initiative für saubere Energie wurde auf der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 angestoßen. Die Staaten, die sich in der „Mission Innovation“ zusammengeschlossen haben, verpflichten sich, ihr Budget für Forschung und Entwicklung im Bereich sauberer Energie bis 2020 zu verdoppeln. Kenderdine lobte die Initiative und betonte, dass gerade im Bereich der Forschung und des Technologietransfers noch viel zu tun ist. So sei etwa mehr Transparenz nötig, um Forschungsergebnisse weithin nutzbar zu machen. Die Initiative sei deswegen besonders schlagkräftig, weil die in ihr zusammengeschlossenen Länder fast 70 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und über 80 Prozent aller Regierungsinvestitionen in Forschung und Entwicklung sauberer Energien tätigen. Ein weiteres Merkmal der „Mission Innovation“ hob Kenderdine hervor: die enge Zusammenarbeit mit Entwicklern grüner Technologien.

Anschließend gab Melanie A. Kenderdine Einsichten in den von der Obama-Administration entwickelten „Clean Power Plan“, der eine Reduktion des Kohlendioxidausstoßes in den USA bis 2030 im Vergleich zu 2005 um 32 Prozent vorsieht. Dabei ging sie auch auf den andauernden Rechtsstreit ein zwischen Gegnern und Befürwortern der Klimastrategie von Präsident Obama und auf die daraus resultierenden Herausforderungen bei der Implementierung der vereinbarten Klimaziele. Das Gespräch leitete Edelgard Bulmahn, stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke e.V. sowie Leiterin der Arbeitsgruppe Klima und Energie.

oben
Melanie A. Kenderdine,
Edelgard Bulmahn,
Eveline Metzen

unten
Alexander Ritvay

Arbeitsgruppe Wirtschaft, Finanzen und Märkte

„TTIP – eine unendliche Geschichte oder die letzte Chance für einen Abschluss?“

Wie viel Transparenz brauchen internationale Verhandlungen? Und wann muss an die Stelle der öffentlichen Debatte ein vertraulicher Austausch treten? Diese Fragen standen im Zentrum der Diskussion „TTIP – eine unendliche Geschichte oder die letzte Chance für einen Abschluss?“. Auf dem Panel schilderten drei Vertreter aus Wirtschaft und Politik vor der 14. Verhandlungsrunde ihre Sichtweise: Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke; Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (VZBV), sowie der Europaabgeordnete Daniel Caspary, Koordinator der Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel im Europäischen Parlament. Alexander Neubacher, Wirtschaftsreporter im „Spiegel“-Hauptstadtbüro, moderierte das Gespräch. Etwa 70 Mitglieder, Young Leaders-Alumni und Gäste waren zur Veranstaltung ins Berliner Würth Haus gekommen.

„Wenn sich herausstellt, dass die USA und Europa nicht mehr partnerschaftsfähig und einigungsfähig sind, wäre das hoch problematisch“

Er sei überrascht gewesen, dass ein Handelsvertrag zum Gegenstand öffentlichen Streits werde, sagte Friedrich Merz: „Die EU-Kommission hätte ihr Verhandlungsmandat von vornherein veröffentlichen müssen, um Legendenbildung, Verschwörungstheorien und falschen Behauptungen vorzubeugen.“ Daniel Caspary stimmte Merz zu und erinnerte an die Holschuld der Bürger, öffentlich zugängliche Informationen über die Verhandlungen zur Kenntnis zu nehmen. „Zur Demokratie gehört so viel Transparenz wie möglich. Die vorhandene Transparenz muss man aber auch nutzen“, sagte er. Völlige Transparenz lehnte Caspary hingegen ab. Verhandler bräuchten auch Vertraulichkeit, denn es gebe einen Punkt, an dem die Durchsetzungsfähigkeit von Abkommen gefährdet ist.

Der oberste deutsche Verbraucherschützer Klaus Müller widmete sich der Frage, wie die in Amerika und Europa fundamental unterschiedlichen Schutzstandards von Produkten zu bewerten seien. „Grundsätzlich gilt bei TTIP, dass es in den USA und in der Europäischen Union andere Schutzphilosophien bei einigen Standards gibt. Aber das Nachsorgeprinzip der USA ist nicht per se schlechter als das europäische Vorsorgeprinzip“, stellte Müller fest. Zum Abschluss der Diskussion warnte Friedrich Merz, dass die Wirkung eines gescheiterten Abkommens fatal wäre. „Wenn sich herausstellt, dass die USA und Europa nicht mehr partnerschaftsfähig und einigungsfähig sind, wäre das hoch problematisch“, sagte er.

oben
Klaus Müller

mitte links
Friedrich Thelen,
Albrecht Graf von
Reichenbach,
Yorck Kämpfer

mitte rechts
Alexander Neubacher,
Klaus Müller,
Daniel Caspary,
Friedrich Merz

unten links
Annette Thum

unten rechts
Christoph Eichhorn,
Albrecht Graf von
Reichenbach

Atlantik-Brücke-Tag

Mitgliederversammlung und Gartenfest

Rund 200 Mitglieder kamen zur jährlichen Mitgliederversammlung der Atlantik-Brücke in die Repräsentanz der Deutschen Bank in Berlin.

Mit einer Schweigeminute wurde der verstorbenen Mitglieder gedacht: Philipp Mißfelder, MdB (CDU/CSU); Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, Gewandhaus-Kapellmeister Professor Dr. h. c. Kurt Masur, Bundesminister a. D. Dr. Guido Westerwelle und Dr. h. c. Walther Leisler Kiep, der seit 2004 Ehrenvorsitzender der Atlantik-Brücke war.

Die Mitgliederversammlung bestätigte einstimmig den geschäftsführenden Vorstand im Amt. Auch der erweiterte Vorstand wurde einstimmig gewählt. Neu in den erweiterten Vorstand gewählt wurden Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, sowie Dr. Michael Werz, Senior Fellow am Center for American Progress in Washington, D. C. Beide unterstützen die Arbeit der Atlantik-Brücke bereits seit Jahren.

Im Anschluss an die Versammlung genossen die Mitglieder den Sommerabend bei Gesprächen und Gegrilltem im Garten des Magnus-Hauses.

Berlin, 6. Juli 2016

umseitig
Konstantin Mettenheimer

oben
Friedrich Merz,
Andreas Dombret,
Edelgard Bulmahn,
Eveline Metzen,
Burkhard Schwenker

mitte links
Max Warburg

mitte rechts
Kai Andrejewski,
Angelika Gifford,
Frank Trümper

unten links
Hergard Rohwedder

unten rechts
Joachim Freiherr
von Schorlemer

oben
Jürgen Fitschen,
Peer Steinbrück

unten
Ulrike Hoffmann-Burchardi

Gisbert Rühl,
Jürgen Fitschen

oben
Im Garten des
Magnus-Hauses

unten
Jürgen Conzelmann

oben
Bettina Adenauer

unten
Christian Lange,
Simon Vaut

German-American Young Leaders Conference

By Erika Detjen, Associate, Paul, Weiss, Rifkind, Wharton & Garrison LLP, and Dr. Jan Philipp Burgard, Editor and Reporter, ARD/WDR German Television

Forty-five young adults from Germany and the United States (including, for the first time, more women than men) participated in Atlantik-Brücke's 38th German-American Young Leaders Conference. Each Young Leader brought their own impressive experiences to bear on the program. The sessions were marked by enthusiastic participation and respectful discussions. Prominent guest speakers also elaborated on a range of topics.

The conversation with Atlantik-Brücke Chairman Friedrich Merz focused on whether Donald Trump's success in the primaries could be seen as a reflex against the political establishment in Washington. The discussion with Julia Klöckner, Deputy Chair of the Federal CDU, tackled the subject of "post-truth politics," Vice President of the European Parliament Alexander Graf Lambsdorff, MEP (ALDE) and Burkhard Balz, MEP (EPP) joined the Young Leaders for a lakeside chat regarding the state of Europe in light of the situation in Turkey, the Greek debt crisis, and Brexit. The CEO of the Airbus Group, Dr. Thomas Enders shared the secret to his rise from the son of a shepherd to one of Europe's most powerful CEOs: "Follow your interests!" John O'Farrell, Partner at the venture capital firm Andreessen Horowitz, and Dr. Marcus Englert, Chairman of the Supervisory Board of Rocket Internet SE and General Partner at Texas Atlantic Capital, offered perspectives on entrepreneurship on either side of the Atlantic.

We also discussed topics such as female leadership and cyber security. Site visits included a very moving discussion at a temporary refugee camp, which highlighted the global nature of the refugee crisis.

The conference was not just about discussing transatlantic relations; it was also about creating lifelong connections and friendships. The time we spent together chatting by the lake or over coffee were among the most meaningful moments. The conference was an unforgettable experience and we are thankful to Atlantik-Brücke for bringing us together.

oben
Die Young Leaders 2016

mitte links
Das Allianz
Management Institute

mitte rechts
Young-Leaders-
Arbeitsgruppe

unten links
Alexander
Graf Lambsdorff,
David Livingston,
Burkhard Balz

Meghan Kelly,
Elisabeth Zerofsky

oben
Sarah Levitt,
Eveline Metzen,
Markus Mittermaier

unten
Torben Schiller,
Wibke Ludwig

oben links
Gundbert Scherf

oben rechts
Léa Steinacker

mitte links
Lauren Harrison Lentz

mitte rechts
John O'Farrell

unten
Christina Urbach,
Isys Caffey,
Caitlin Poling,
Reema Dodin,
Sebastian Ehreiser

Frankfurt Luncheon

„Strong Europe“ mit Lieutenant General Ben Hodges, Commanding General der U.S. Army Europe

Die USA reduzieren ihre Truppen in Europa. Zugleich wachsen die Bedrohungen durch Terrorismus und das angespannte Verhältnis zu Russland. Vor diesem Hintergrund will die U.S. Army mit dem Programm „Strong Europe“ die Abwehrfähigkeit ihrer europäischen NATO-Alliierten stärken. General Hodges erläuterte, wie das Programm mit gemeinsamen europäischen Übungen regionale Partnerschaften ausbauen und die Ausbildung junger Führungskräfte fördern will. In seinem Vortrag betonte der General die Bedeutung eines allumfassenden und multilateralen Ansatzes zur Lösung aktueller sicherheitspolitischer Herausforderungen.

Im Anschluss diskutierten die rund 40 anwesenden Mitglieder mit General Hodges. Thema waren unter anderem die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Warschau. Moderiert wurde das Luncheon von Dr. Ingrid Hengster, Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe und Mitglied im Vorstand der Atlantik-Brücke.

oben
Ingrid Hengster,
Ben Hodges

mitte links
Ben Hodges

mitte rechts
Konstantin Mettenheimer,
Alexandre Grewlich

unten rechts
Klaus Rosenfeld,
Patrick Kenadjian,
Fred Irwin

Arthur Burns Memorial Lecture

„Eine Klimatragödie lässt sich abwenden“: Mark Carney, Chef der Bank of England, spricht über den Zusammenhang von Klimawandel und internationalen Finanzmärkten

Die Finanzdiplomatie befindet sich in einem Strukturwandel. Mit dieser These eröffnete Mark Carney die 24. Arthur Burns Memorial Lecture der Atlantik-Brücke. Nach Einführungen von Friedrich Merz und Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, skizzierte Carney vor 200 Mitgliedern und Gästen die Risiken des Klimawandels für die Stabilität internationaler Finanzmärkte. Als Initiator einer Taskforce des Financial Stability Board (FSB) gab Carney Einblicke in Initiativen des FSB und der G20, mit denen während des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft die Nachhaltigkeit der Finanzmärkte gewährleistet werden soll.

Der Zentralbanker wies mit Blick auf die Interdependenzen zwischen Klimarisiken und Finanzmärkten auf zwei Paradoxe hin. Das erste besagt, die Menschheit werde in der Zukunft durch Kosten belastet, die von heute lebenden Generationen verursacht sind. Diese Generationen haben keinen unmittelbaren Anreiz, in Nachhaltigkeit zu investieren. Sobald eine Klimakatastrophe eintritt, ist es zu spät, die Ursachen zu beeinflussen, und die Kosten steigen ins Unermessliche. Dem zweiten Paradox zufolge kann auch ein zu schneller Wechsel zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft den volatilen Märkten Schaden zufügen.

Aus beiden Paradoxen ergäben sich drei Folgen. Erstens müssten Versicherungen aufgrund der Risiken des Klimawandels ihre Modellrechnungen aktualisieren. Zweitens müssten Regeln zur Zuverlässigkeit der verantwortlichen Unternehmen implementiert werden; bisher versagten Unternehmen häufig darin, klimabezogene Finanzrisiken offenzulegen. Drittens würden allen beteiligten Akteuren Kosten zur Finanzierung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft entstehen.

Der G20-Vorsitz Deutschlands könne helfen, den grünen Finanzsektor in den Mainstream einzubinden, so Carney. Für die nächsten Jahre komme es darauf an, privates Kapital zu klimafreundlichen Investitionen wie z. B. Green Bonds zu mobilisieren. Noch aber fehlten gemeinsame und klare Standards. Doch wenn Finanzpolitiker, Märkte und Zentralbanken zusammenarbeiten, lasse sich eine klima- und finanzpolitische Tragödie abwenden.

Berlin, 22. September 2016

umseitig
Mark Carney

oben
Mark Carney,
Friedrich Merz

unten
Manuel Hartung,
Jan Boehm,
Martin Strunden,
Florian Forstmann

oben links
Friedbert Meurer

oben rechts
Dirk Schmalenbach,
Eveline Metzen,
Andreas Dombret,
Sven Afhüppe

mitte links
Mark Carney,
Jürgen Fitschen,
Lutz Raettig

mitte rechts
Jens Weidmann

unten
Mark Carney

Frankfurter Sommerfest und Gespräch zur US-Präsidentschaftswahl

Mit Robert M. Kimmitt, Vorsitzender des American Council on Germany, und James W. Herman, US-Generalkonsul in Frankfurt am Main

Kurz vor der Präsidentschaftswahl in den USA sprachen Botschafter Robert M. Kimmitt und US-Generalkonsul James W. Herman beim Sommerfest der Atlantik-Brücke in Frankfurt am Main über die starke Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft und die wachsende Unzufriedenheit vieler Amerikaner mit dem politischen Establishment. In dem Gespräch, das von Gabor Steingart, Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Handelsblatt, moderiert wurde, ging es außerdem um mögliche Konstellationen in den zwei Kammern des Kongresses nach der Wahl und die daraus resultierende politische Gemengelage.

Im Anschluss an Vortrag und Diskussion tauschten sich die rund 90 Mitglieder und Young Leaders-Alumni im Garten des Hauses Metzler bei sommerlichem Wetter aus.

oben
Konstantin Mettenheimer,
James W. Herman,
David Knower

unten
Rainer Wunderlin,
Matthias Vogler

oben
Andreas Dombret,
Claudia Pörings,
Johannes Beermann

unten
Gabor Steingart

oben
Björn Reinhardt,
Thorsten Weber,
Martin Blach

unten
Eckhard Sachse,
Kinka Gerke-Unger

USA-Studienreise für Lehrer aus den neuen Bundesländern

15 Lehrer aus Sachsen lernen die Vereinigten Staaten kennen

„Die Aufgeschlossenheit und der Optimismus haben mich beeindruckt“

Mit 15 Teilnehmern aus Sachsen organisierte die Atlantik-Brücke 2016 erstmalig eine Studienreise für Lehrer aus den neuen Bundesländern in die USA. Die Gruppe besuchte Bethlehem und Nazareth im Bundesstaat Pennsylvania, San Diego in Kalifornien und New York City. Begleitet wurde sie von Vorstandsmitglied Karsten Uhlmann, Geschäftsführender Gesellschafter des Frankfurter Brauhauses.

In Bethlehem ging es um Deindustrialisierung und die daraus resultierenden sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen für die USA. Mit einer Führung durch das ehemalige Werk der Bethlehem Steel Corporation bekamen die deutschen Lehrer Einblicke in den Aufstieg und Zerfall des zweitgrößten Stahlproduzenten der USA. Anschließend besuchten sie das Familienunternehmen C. F. Martin & Co., eine weltweit erfolgreiche Gitarrenmanufaktur mit deutschen Wurzeln. Beim Gespräch mit dem republikanischen Kongressabgeordneten Charlie Dent ging es um Außen- und Sicherheitspolitik. Joshua Prince von den „Pennsylvanians for Self Protection“ sprach über das in der amerikanischen Verfassung gewährte Recht auf den Besitz und das Tragen von Waffen.

Das amerikanische Bildungssystem konnten die Teilnehmer bei Besuchen verschiedener Schulen und Colleges näher kennenlernen. Dort tauschten sich die Lehrer mit amerikanischen Kollegen, Professoren sowie Schülern und Studenten aus. „Die Aufgeschlossenheit und der Optimismus haben mich beeindruckt“, stellte Simone Fuchß, Lehrerin am Julius-Motteler-Gymnasium in Crimmitschau fest. „Die Freude am Beruf war bei den Gesprächspartnern ebenso zu spüren wie das große Interesse an uns Deutschen.“

Der zweite Teil der Reise führte die Lehrer über New York City nach San Diego, Kalifornien. In San Diego trafen die Teilnehmer auf Professor Carl Luna, Direktor des Institute for Civil Civic Engagement an der University of San Diego und politischer Kommentator unter anderem bei der CBS-Show „This Morning“ und bei Fox 5 News. In seinem Vortrag zur aktuellen US-Präsidentschaftswahl ging Luna auf die starke Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft ein. Stefanie Richter, Lehrerin am Louise-Otto-Peters-Gymnasium in

oben links
Diskussion mit Carl Luna über die US-Präsidentschaftswahl

oben rechts
Besuch der Gitarrenmanufaktur C. F. Martin & Co.

mitte links
Zu Fuß unterwegs am südlichsten Zipfel der nordamerikanischen Westküste

mitte rechts
Das stillgelegte Werk der Bethlehem Steel Corporation, einst Amerikas zweitgrößter Stahlproduzent

unten
Die Lehrergruppe am Times Square in New York City

Leipzig, bemerkte: „Besonders überrascht hat mich die sehr kritische und skeptische Haltung vieler US-Bürger gegenüber beiden Präsidentschaftskandidaten und der Wahl generell.“ Mit Studenten der University of San Diego diskutierten die Lehrer über Einwanderung. Dr. David A. Shirk, Leiter des Projekts „Justice in Mexico“, führte in die amerikanische Einwanderungsgeschichte ein, bevor die Lehrer ihrerseits einen Überblick über die deutsche Einwanderungspolitik bis hin zur aktuellen Flüchtlingskrise gaben.

„Durch den Kontakt mit den Amerikanern konnte ich mir ein sehr differenziertes Bild von diesem faszinierenden Land machen und so manches Klischee oder gar Vorurteil beiseitelegen. Wahrscheinlich habe ich mich sogar ein wenig in dieses Land verliebt“

Auch in San Diego standen Schulbesuche und Gespräche mit amerikanischen Pädagogen auf dem Programm. Insbesondere der Besuch an der High Tech High, einer Schule, die im Jahr 2000 von Unternehmern und Wissenschaftlern gegründet wurde und projektbezogenes, selbstorganisiertes Lernen unterstützt, beeindruckte die Lehrer aus Sachsen. Andrea Block, Lehrerin am Beruflichen Schulzentrum Grimma, hielt fest: „Ich möchte mich an meiner Schule für eine stärkere Digitalisierung des Unterrichts einsetzen.“ Bei einer „Educators Social Hour“ trafen die Besucher auf amerikanische Kollegen, die sich für bessere Bildungsmöglichkeiten benachteiligter Schüler einsetzen.

An der Landesgrenze zu Mexiko gab ein Vertreter der U.S. Customs and Border Protection Einblicke in die Grenzsituation und ging dabei insbesondere auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen ein.

Robert Venus von der Sportoberschule der Stadt Leipzig resümierte: „Durch den Kontakt mit den Amerikanern konnte ich mir ein sehr differenziertes Bild von diesem faszinierenden Land machen und so manches Klischee oder gar Vorurteil beiseitelegen. Wahrscheinlich habe ich mich sogar ein wenig in dieses Land verliebt.“

Die Reise fand in Zusammenarbeit mit Cultural Vistas und dem San Diego Diplomacy Council statt.

oben
Besuch der High Tech High School in San Diego

unten
Die Lehrergruppe in der Küche des Northampton Community College in Pennsylvania

Mitgliederreise USA

„Battleground Study Tour"

Vier Wochen vor den amerikanischen Präsidentschafts- und Kongresswahlen reisten Mitglieder der Atlantik-Brücke in den Mittleren Westen, um die Stimmung im Land zu erkunden und mit Akteuren im Wahlkampf zu sprechen. Im Zentrum stand der zwischen Demokraten und Republikanern hart umkämpfte Bundesstaat Wisconsin, aber auch ein Abstecher nach Chicago, der „Hauptstadt" des Mittleren Westens, stand auf dem Plan.

Gleich nach der Ankunft in Madison erhielt die Delegation eine Einführung in die politische Lage im *battleground state* Wisconsin. Weil dieser Bundesstaat nicht fest in demokratischer oder republikanischer Hand ist, machten sich hier Kandidaten beider Parteien Hoffnungen auf den Sieg. Bei den letzten beiden Präsidentschaftswahlen stimmten die Bürger Wisconsins mehrheitlich für Barack Obama, doch in das Repräsentantenhaus entsandten sie zuletzt mehr republikanische Abgeordnete – und auch der Gouverneur dieses *battleground state* ist seit 2011 ein Republikaner.

Im Gespräch mit den Abgeordneten Mark Pocan (US-Repräsentantenhaus) und Senator Fred A. Risser (Senat von Wisconsin) ging es um den Zustand des amerikanischen Parteiensystems. Die beiden Demokraten zeigten sich besorgt angesichts des Rückgangs überparteilicher Zusammenarbeit, den sie nicht zuletzt auf den Aufstieg der Tea Party zurückführten. Durch den aggressiven Wahlkampf Donald Trumps hätten sich die Grabenkämpfe noch einmal verschärft. Die Republikanerin und Vizegouverneurin des Bundesstaats Wisconsin, Rebecca Kleefisch, schätzte die Lage anders ein. Auf Ebene der Bundesstaaten sei die überparteiliche Zusammenarbeit nach wie vor gängige Praxis. Die ideologischen Unterschiede seien weniger prononciert, man setze, so betonte sie, auf pragmatische Kooperation.

Der Weg von Madison nach Milwaukee führt durch die sogenannten „WOW Counties" – die Bezirke Waukesha, Ozaukee und Washington, die im Gegensatz zu den zwei demokratisch wählenden Großstädten sehr konservativ sind. Hier traf die Delegation den langjährigen Kongressabgeordneten Jim Sensenbrenner (US-Repräsentantenhaus) und

Madison und Milwaukee, Wisconsin, und Chicago, Illinois, 9.–14. Oktober 2016

diskutierte mit ihm über den Wahlkampf und die amerikanische Parteienlandschaft. Beide Themen kamen auch beim anschließenden Besuch im Hauptquartier der Republikaner in Waukesha zur Sprache sowie beim Lunch mit den Demokraten Gwen Moore, Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses, und Tom Barrett, Bürgermeister von Milwaukee. Einen äußerst kritischen Blick auf die Präsidentschaftswahl warf der konservative Radiomoderator Charlie Sykes, dessen Position sich mit „Never Trump, never Hillary" zusammenfassen lässt. Er zeigte sich frustriert angesichts des aus seiner Sicht weitgehend inhaltsleeren Wahlkampfs beider Kandidaten. Dabei kam er auf die Rolle der Medien zu sprechen, die von Sensationslust getrieben seien, immer seltener als neutrale Mittler aufträten und stattdessen zunehmend ihre eigenen, alternativen Realitäten schafften.

Ein Höhepunkt der Reise war das Treffen mit Wisconsins Gouverneur Scott Walker im State Capitol in Madison. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Republikaner zeichnete ein optimistischeres Bild von der Lage im Land. Er habe großes Vertrauen in die Krisenfestigkeit der Vereinigten Staaten. In Wisconsin und anderen Bundesstaaten sei zu beobachten, wie Politik funktioniert und zum Beispiel erfolgreich Arbeitsplätze schafft.

Um den Arbeitsmarkt und die Vorbereitung darauf ging es auch im Gespräch von Dr. Raymond W. Cross, Präsident des University of Wisconsin System, mit Professoren und Studierenden der University of Wisconsin-Madison. Cross verwies auf die enorme wirtschaftliche Bedeutung seiner Universität für Wisconsin, verteidigte aber zugleich die Idee, dass die Universität in erster Linie ein Ort der Wahrheitssuche ist – und nicht allein der Ausbildung von Fachkräften dient. Die Studierendenvertreter schilderten ihre Bemühungen, Wähler zu registrieren. Aber auch das emotionale Thema der Political Correctness kam zur Sprache und offenbarte sehr unterschiedliche Meinungen zum Auftrag der Universität und zum Zusammenleben auf dem Campus.

Eine neue Sicht auf Wisconsin vermittelte ein Treffen mit Vertretern des Wisconsin Technology Council, die den Bundesstaat als attraktiven Standort für Start-ups und Tech-Unternehmen präsentierten. Die Diskussion drehte sich um Finanzierungsmodelle, unternehmerische Kultur und die Rolle akademischer Einrichtungen und des Staates bei der Schaffung eines innovationsfreundlichen Geschäftsklimas.

In Chicago besuchte die Delegation zum Abschluss der Reise das Hauptquartier der Boeing Company. Travis Sullivan, Vice President of Strategy and Business Capture, und Brian Moran, damaliger President of EU/NATO Relations, gaben Einblicke in das wirtschaftliche und politische Umfeld, in dem der Konzern agiert. Auch der Wahlkampf war noch einmal Thema, nämlich im Gespräch mit Jeremy Bird, einem zentralen Strategen in Barack Obamas Wiederwahlkampagne und Berater von Hillary Clinton. Er berichtete der Delegation von der Bedeutung der datenbasierten Wahlkampagnen in den USA und wie diese der Wählermobilisierung dienen.

Das Programm wurde von der Atlantik-Brücke zusammen mit der Congressional Study Group on Germany organisiert.

umseitig
Gwen Moore

oben
Jeremy Bird

mitte links
David Canon,
Augie McGinnity-Wake,
Carmen Gosey

mitte rechts
Jim Sensenbrenner

unten links
Charlie Sykes

unten rechts
Ulla Schmidt,
Ruprecht Brandis,
Katrin Gaertner

oben
Friedrich Merz,
Rebecca Kleefisch,
Thomas Petri

unten
Fred A. Risser,
Mark Pocan

oben
Ulla Schmidt,
Dagmar Freitag,
Thomas Petri,
Edelgard Bulmahn,
Christian Bunsen,
Joachim Pfeiffer

unten
Peter Friedrich,
Florian Almeling,
Ulla Schmidt,
Cherno Jobatey,
Dagmar Freitag

Regionalgruppe München

„The U.S. Presidential Election: What Are the Americans Thinking?“
mit Michael Dimock, President, Pew Research Center

Zweieinhalb Wochen vor der US-Präsidentschaftswahl präsentierte Michael Dimock Umfrageergebnisse zur Stimmung der amerikanischen Wählerinnen und Wähler.

Die Wählerschaft sei mit den Kandidaten zutiefst unzufrieden, berichtete Dimock. Es herrsche geringe Zuversicht, dass Donald Trump oder Hillary Clinton im Falle eines Wahlsiegs gute Regierungsoberhäupter wären. Obwohl die Umfragen zeigten, dass ein Wahlsieg Trumps mehr politische Veränderungen bringen würde, rechneten nur 33 Prozent der Befragten damit, dass dies ein positiver Wandel wäre, während 44 Prozent negative Entwicklungen erwarteten. Von einer Präsidentin Clinton erwarteten 53 Prozent keine starken Veränderungen des Status quo, 20 Prozent erwarteten Verbesserungen und 25 Prozent eine Verschlechterung.

Der Präsident des Pew Research Center hob hervor, dass das Wahljahr 2016 vor allem von wachsender Polarisierung und tiefem Misstrauen gegenüber der Regierung gekennzeichnet war. Zum schwindenden Vertrauen präsentierte Michael Dimock drastische Zahlen: Während in den 1950er Jahren noch über 70 Prozent der Amerikaner ihre Zuversicht in die Regierung bekundeten, lag der Anteil der amerikanischen Bürger, die den Entscheidungen aus Washington trauen, 2015 nur noch bei 19 Prozent. Dimock zeigte auch, dass in der USA gespaltene Ansichten zur Außenpolitik herrschen. Obwohl über zwei Drittel der Amerikaner die NATO grundsätzlich positiv sehen, sind viele überzeugt, dass das Bündnis für andere Staaten wichtiger ist als für die USA. Am Beispiel Freihandel erläuterte Dimock, wie Themen während eines Wahlkampfs ideologisch aufgeladen werden können.

Die Veranstaltung fand in der Residenz der US-Generalkonsulin Jennifer D. Gavito statt. Angelika Gifford, Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke und Leiterin der Regionalgruppe München, begrüßte die Gäste. Moderiert wurde das Gespräch von Stefan Kornelius, Ressortleiter Außenpolitik bei der „Süddeutschen Zeitung“.

München, 20. Oktober 2016

umseitig
Michael Dimock

oben
Angelika Gifford

unten
Christina Hilger,
Sabine Heimbach

oben
Michael Dimock

mitte links
Jennifer D. Gavito

mitte rechts
Stefan Kornelius

unten links
Daniel Heinrich,
Karsten Zimmermann

Transatlantischer Dialog

„Die USA vor der Wahl: Kontinuität oder Paradigmenwechsel in den transatlantischen Beziehungen?“ mit Dr. Michael Werz, Senior Fellow, Center for American Progress, und Julianne Smith, Director of the Strategy and Statecraft Program, Center for a New American Security

„Die politischen Eliten sind nicht mehr am Puls der amerikanischen Gesellschaft“

Kurz vor den US-Wahlen waren mit Julianne Smith und Michael Werz zwei Insider des Washingtoner Politikbetriebs in der Berliner Repräsentanz von Microsoft zu Gast – sie sprachen über ihre Eindrücke vom äußerst polarisierenden Wahlkampf.

Die große Popularität Donald Trumps war ein zentrales Thema des Abends. Beide berichteten, dass niemand im politischen Washington damit gerechnet hat. Dies zeige, so Julianne Smith, dass die politischen Eliten nicht mehr am Puls der amerikanischen Gesellschaft sind. Viele Amerikaner hätten kein Vertrauen in politische Prozesse und Institutionen und seien skeptisch gegenüber Amerikas Rolle in der Welt. Diese große Unzufriedenheit sei nicht in allen Fällen gerechtfertigt, betonte Smith, trotzdem werde sie auch über die Wahlen hinaus ein Thema sein.

Michael Werz hob hervor, dass Hillary Clinton als Frau auf noch mehr Widerstände stößt als Barack Obama als erster schwarzer Präsident. Smith ergänzte, dass Clinton auch als Senatorin und amerikanische Außenministerin zunächst auf viel Skepsis stieß, ihre Kritiker aber durch harte Arbeit und Erfolge überzeugen konnte.

In der künftigen Außenpolitik werde das Verhältnis zwischen Russland und den USA eine große Rolle spielen, darin waren sich die Redner einig. Es sei durchaus möglich, dass sich das Verhältnis weiter verschlechtert. Sowohl Michael Werz als auch Julianne Smith betonten, dass Amerika zwar die Kommunikation mit Russland aufrechterhalten muss, Aggressionen wie in der Ukraine aber nicht tolerieren darf. Die aktuelle Weltlage als „neuen Kalten Krieg“ zu bezeichnen, so Werz, sei aber nicht berechtigt. Die Welt sei nicht mehr bipolar, es gebe mehr Akteure als nur Russland und die USA.

Katja Gloger, Autorin beim „Stern“, moderierte das Gespräch. Begrüßt wurden die Gäste von Professor Dr. Burkhard Schwenker, stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke, der in das Thema des Abends einführte. Die Veranstaltung bildet den Auftakt zur Reihe „Transatlantischer Dialog“, die gemeinsam von Atlantik-Brücke und Microsoft ausgerichtet wird.

oben
Michael Werz

unten
Julianne Smith

Deutsch-Kanadische Konferenz

Im Zeichen des europäisch-kanadischen Handelsabkommens

Das Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada hätte auf dem EU-Kanada-Gipfel am 27. Oktober unterzeichnet werden sollen. Auf der Deutsch-Kanadischen Konferenz der Atlantik-Brücke sollte es direkt im Anschluss an den Gipfel um die nun vertieften Beziehungen zwischen Kanada und Europa gehen. Doch es kam anders: Durch die Blockade der belgischen Region Wallonie kam das Abkommen nicht zustande. Der EU-Kanada-Gipfel wurde von kanadischer Seite kurzfristig abgesagt. Der Abschluss von CETA war wieder offen.

Die Deutsch-Kanadische Konferenz der Atlantik-Brücke in Berlin fand dennoch statt; allerdings ohne die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland, die Teil der Regierungsdelegation gewesen wäre. Die Panels boten trotzdem spannende Diskussionen zwischen deutschen und kanadischen Experten: Neben der kanadischen Botschafterin Marie Gervais-Vidricaire und dem deutschen Botschafter in Kanada Werner Wnendt waren unter anderem Staatssekretär Matthias Machnig, John Manley, der verschiedene Posten im kanadischen Kabinett innehatte, sowie deutsche und kanadische Unternehmensvertreter, Wissenschaftler, Journalisten und Abgeordnete anwesend. Die Diskussionen auf der Konferenz standen unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen rund um das Handelsabkommen. Neben vielen zuversichtlichen Stimmen gab es auch Zweifel, ob CETA überhaupt noch zustandekommen kann.

Dass das Abkommen schon zwei Tage nach der Konferenz doch noch unterzeichnet würde, kam für fast alle überraschend. Der kanadische Premierminister Justin Trudeau kommentierte bei der Unterzeichnung des Vertrags in Brüssel den langen und kontroversen Abstimmungsprozess sogar positiv: "The fact that people were asking tough questions on a deal that will have a significant impact on our economies, giving us the opportunity to demonstrate that that impact will be positive, is a good thing."

Die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags Dr. h. c. Edelgard Bulmahn leitete die Konferenzdelegation auf deutscher Seite. Tom Jenkins, CEO der OpenText Corporation, hatte den Vorsitz der kanadischen Delegation.

oben
Marie Gervais-Vidricaire,
Nico Stehr

unten
Christoph Steitz,
Robert Hardt,
Werner Wnendt

oben
George Haynal,
Martin Wilhelm

unten
Stormy-Annika Mildner

oben
John Manley,
Berend Diekmann

mitte links
Stormy-Annika Mildner,
Matthias Machnig,
John Manley

mitte rechts
Edelgard Bulmahn,
Tom Jenkins

unten links
Gail Hamilton

Michael von Herff,
Helene Bubrowski,
Derek DeCloet

US-Wahlnacht

Tausend Gäste verfolgen US-Präsidentschaftswahl

Bis in die Morgenstunden des 9. November verfolgten die Gäste in der Bertelsmann-Repräsentanz in Berlin die Wahl des 45. US-Präsidenten. US-Botschafter John B. Emerson eröffnete den Abend mit einem Interview. In Gesprächsrunden und bei Liveschalten in die USA sowie Hochrechnungen wurden der amerikanische Wahlkampf, aber auch die Innen- und Außenpolitik des Landes analysiert. Die Atlantik-Brücke war Partner der mit knapp tausend Gästen aus Politik, Wirtschaft und Medien ausgebuchten Veranstaltung ebenso wie Bertelsmann, CNN, n-tv, der „Stern“, die American Academy in Berlin, die Botschaft der Vereinigten Staaten in Deutschland, Google, die UDG United Digital Group und Porsche.

„Unabhängig vom Wahlausgang wird die nächste Administration uns Europäer auffordern, stärker für unsere Sicherheit zu sorgen“

Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, erörterte in einem Interview mit Lukas Streiff, Young Leaders-Alumnus der Atlantik-Brücke, ökonomische Perspektiven der Wahl. „Im Hinblick auf Freihandelsabkommen wird es mit einem Präsidenten Trump für Europa eher kritischer, was die Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluss angeht“, sagte Merz.

Tyson Barker, Senior Research Fellow am Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) und Young Leaders-Alumnus der Atlantik-Brücke, lenkte den Fokus auf die Innenpolitik. Amerika müsse seine Institutionen erneuern und stärken, damit die Bürger diesen wieder vertrauen können. Vor allem die zerbrechende Kompromisskultur zwischen der Regierung und dem Kongress sei problematisch für das „Checks and Balances“-System im Institutionengefüge.

Das außenpolitische Panel widmete sich der Frage, ob der Hegemon USA auf Abwegen ist und wie sich die amerikanische Verteidigungspolitik künftig auf Europa auswirken wird. Jan Techau, Direktor des Richard C. Holbrooke Forums der American Academy, hob mit Blick auf die außenpolitischen Ansichten Donald Trumps hervor: „Für ihn ist jede internationale Beziehung eine Transaktion, bei der er gewinnen will.“ Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke, bemerkte: „Unabhängig vom Wahlausgang wird die nächste Administration uns Europäer auffordern, stärker für unsere Sicherheit zu sorgen.“

oben
Hans Raffauf,
Jessica Peppel-Schulz,
Lars Klingbeil,
Isabelle Sonnenfeld

mitte links
John B. Emerson,
Christian Krug

mitte rechts
Friedrich Merz

unten links
Alexander Freiherr
von Friesen,
Rudolf Lang

unten rechts
Norbert Röttgen

Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik

„Eine neue deutsche Sicherheitspolitik? – Kurs- und Standortbestimmung Deutschlands in einer Welt der Krisen“: Vortrag von Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen

Die transatlantische Partnerschaft müsse jeden Tag aufs Neue hart erarbeitet werden. Mit dieser Feststellung eröffnete Ursula von der Leyen wenige Tage nach der Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten ihren Vortrag zur Zukunft der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die europäische Politik müsse nun vor allem zu drei Komplexen der internationalen Politik konstruktiv Stellung beziehen, sagte Ursula von der Leyen. Erstens müsse der Krieg in Syrien adressiert werden. Trump habe diesen zunächst als regionales Problem im Mittleren Osten definiert, aus dem sich die USA heraushalten sollen. Dann jedoch habe der Republikaner angekündigt, dass er im Falle seines Wahlsieges 20 000 bis 30 000 Bodentruppen nach Syrien entsenden wird, um den „Islamischen Staat“ (IS) zu besiegen. Die zweite Problematik betreffe Trumps Ankündigung, die NATO nur noch dann weiter zu unterstützen, wenn Europa finanziell mehr zur Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses beiträgt. Der dritte Komplex betreffe das Verhältnis der USA zu Russland.

„Gerade in der Verteidigungspolitik ist unsere Währung Vertrauen, Verlässlichkeit und das Eintreten für unsere Werte“

Was den Krieg in Syrien und die Gefahren durch den IS angehe, leite Trump daraus in erster Linie den Schutz Amerikas vor internationalem Terrorismus und illegaler Migration ab. Er stelle auch in der Sicherheitspolitik Kosten-Nutzen-Rechnungen auf. „Doch gerade in der Verteidigungspolitik ist unsere Währung Vertrauen, Verlässlichkeit und das Eintreten für unsere Werte. Dies ist die Relevanz des Bündnisses von 28 Mitgliedern“, sagte von der Leyen. Es sei jedoch berechtigt, dass eine faire Verteilung der finanziellen Verpflichtungen auf der Agenda steht.

„Es ist positiv, dass Donald Trump und der russische Präsident sehr zügig miteinander sprechen wollen“, konstatierte die Ministerin. „Nicht vergessen werden dürfen aber die Annexion der Krim, die hybride Kriegsführung im Osten der Ukraine sowie die Bombardierung Aleppos.“ Die Völkergemeinschaft der Welt müsse in den Vereinigten Staaten stets den „verlässlichsten Fürsprecher für die westlichen Werte“ erkennen.

Berlin, 11. November 2016

umseitig
Ursula von der Leyen

oben
Christoph Schröder,
Marco Vollmar

unten
Friedrich Merz,
Ursula von der Leyen

oben links
Friedrich Merz,
Marie Gervais-Vidricaire,
Geoff Gartshore

oben rechts
Werner Schnappauf,
Wolfram von Fritsch

mitte links
LaSean Brown

mitte rechts
Heike Schwesinger

unten
Stephan Mayer,
Tobias Lindner,
Elmar Brok,
Norbert Röttgen,
Torsten Oltmanns

Abschiedsempfang für Eveline Metzen

Mit Tatkraft und Leidenschaft für den transatlantischen Zusammenhalt

Über 200 Mitglieder und Young Leaders-Alumni der Atlantik-Brücke verabschiedeten Eveline Metzen mit einem Empfang über den Dächern Berlins, der zur rauschenden Party wurde. Metzen, die sechs Jahre lang die Geschäftsstelle der Atlantik-Brücke im Magnus-Haus führte, wechselte zum 1. Dezember 2016 als Geschäftsführerin zur American Chamber of Commerce in Germany.

In einer persönlichen Ansprache dankte ihr Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, herzlich für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit: „In ihren sechs Jahren als Geschäftsführerin hat Eveline Metzen die Atlantik-Brücke mit Ideen, Tatkraft und großer Leidenschaft für die transatlantischen Beziehungen weiterentwickelt. Es ist ganz wesentlich ihr Verdienst, dass die Atlantik-Brücke heute auch als Partner und Ideengeber in Ministerien, Unternehmen, bei Medien und Thinktanks auf beiden Seiten des Atlantiks gefragt ist."

oben
Friedrich Merz,
Eveline Metzen

mitte links
Friedrich Merz,
Thomas Bagger,
Eveline Metzen

mitte rechts
Eric Know,
Rool

unten links
Lena Kilee,
Sina Frank

unten rechts
Auf der Tanzfläche

Young Leaders New Year's Reunion

Neujahrstreffen am Main

Zum fünften Mal kamen die Young Leaders-Alumni der Atlantik-Brücke zur New Year's Reunion zusammen. Die bevorstehende Amtseinführung Donald Trumps als 45. US-Präsident und Einschätzungen zur künftigen Außenpolitik der USA bestimmten die Gespräche. US-Generalkonsul James W. Herman betonte zum Auftakt der Reunion, die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen sei größer denn je.

Die kritische Wahrnehmung der traditionellen Medien in großen Teilen der Öffentlichkeit und die Zukunft des Journalismus waren Thema einer Paneldiskussion zwischen Michael Kolz, stellvertretender Programmgeschäftsführer von Phoenix/ZDF, und Kevin O'Brien, damals Chefredakteur von „Handelsblatt Global". Beide waren überzeugt, dass Journalismus, der sich durch sorgfältige Recherche und hohe Ansprüche auszeichnet, auch weiterhin eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielen wird.

Am Finanzplatz Frankfurt durfte aber auch ein Gespräch über die Bedeutung von FinTechs nicht fehlen. Professor Dr. Andreas Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank und Schatzmeister der Atlantik-Brücke, diskutierte mit Martin Wiesmann, Managing Director and Vice Chairman of Investment Banking EMEA, J. P. Morgan; Miriam Wohlfarth, Gründerin und Geschäftsführerin des FinTechs RatePay, und Jörg Hessenmüller, Bereichsvorstand Group Development and Strategy der Commerzbank. Themen waren, wie kleine FinTech-Unternehmen etablierten Banken Konkurrenz machen, welche Rolle der Staat bei der Förderung von Innovation spielt und wie die Entwicklung von FinTechs in Deutschland im Vergleich zu anderen Nationen zu bewerten ist. Das gemeinsame Abendessen nutzten die Young Leaders-Alumni zum generationenübergreifenden Networking.

oben
Feline von Heimburg

unten
Richard Lips,
Heike Heuberger

oben links
James W. Herman

oben rechts
Andrea Rexer,
Andreas Dombret

mitte links
David Deißner

mitte rechts
Kimana Zulueta-Fülscher

unten
Kevin O'Brien,
Lauren Harrison Lentz,
Michael Kolz

oben
Friederike Hofmann

unten
Jens Spahn,
Helge Fuhst,
Simon Vaut

Abschied für US-Botschafter John B. Emerson

„Es war die Ehre meines Lebens, US-Botschafter gewesen zu sein“

„Gegen den Trend, einfache Antworten in einer Welt voller Komplexitäten zu geben, ist John immer ruhig geblieben, hat geduldig erklärt und so Verständnis geschaffen“

Mit einem großen Dinner haben etwa 200 Mitglieder und Gäste der Atlantik-Brücke US-Botschafter S. E. John B. Emerson verabschiedet. Es sei schwer zu glauben, dass Emersons Zeit als Botschafter in Deutschland schon vorüber ist, sagte Friedrich Merz. Er lobte insbesondere den Umgang des Kaliforniers mit der NSA-Affäre unmittelbar zu dessen Amtsantritt im Sommer 2013 sowie mit der kontroversen öffentlichen Auseinandersetzung um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP: „Deine Offenheit, Deine Fairness und Deine Verlässlichkeit haben dazu beigetragen, dass die Atlantik-Brücke und Du innerhalb kurzer Zeit Verbündete und sogar Freunde wurden.“

Tom Buhrow, Intendant des Westdeutschen Rundfunks und ehemaliger US-Korrespondent der ARD in Washington, D. C., hielt die Laudatio: „Gegen den Trend, einfache Antworten in einer Welt voller Komplexitäten zu geben, ist John immer ruhig geblieben, hat geduldig erklärt und so Verständnis geschaffen.“ Emerson habe die Herzen von Berlin im Sturm erobert, weil er ein „Botschafter zum Anfassen“ gewesen sei.

John B. Emerson sprach von einem „bittersüßen Moment“ des Abschiednehmens. Der Mann des Abends hielt fest: „Als US-Botschafter gedient zu haben war die Ehre meines Lebens.“ In seiner sehr politischen Rede betonte er, dass es aus US-Perspektive nur wenige so wichtige und verlässliche Verbündete gibt wie Deutschland. Er rief den Gästen in Erinnerung, welch ereignisreiche Zeit hinter den transatlantischen Partnern liegt: die NSA-Affäre, der Bürgerkrieg in Syrien, der Terrorismus durch den „Islamischen Staat“, das russische Verhalten in der Ukraine, das Brexit-Votum, der Protest gegen TTIP und diverse Cyberattacken. In all diesen Krisen habe sich gezeigt, dass das transatlantische Verhältnis auf gegenseitigem Vertrauen aufgebaut ist. Für die Zukunft zeigte sich Emerson optimistisch. Die Verbindungen über den Atlantik blieben stark und wichtig, auch weil die wirtschaftlichen Verbindungen so eng geknüpft seien. Noch entscheidender aber sei der persönliche Kontakt zwischen Amerikanern und Europäern.

Berlin, 18. Januar 2017

Abschied für US-Botschafter John B. Emerson

umseitig
John B. Emerson

oben links
Tom Buhrow,
Jürgen Großmann

oben rechts
Sawsan Chebli,
John B. Emerson

mitte rechts
Friedrich Merz,
Hayley Emerson,
Taylor Emerson

unten
Daniela Boff

oben
Bärensaal im Alten
Stadthaus

mitte links
John B. Emerson,
Kimberly Emerson

mitte rechts
Peer Steinbrück,
Marie Gervais-Vidricaire

unten links
Ulrich Grillo,
Werner Schnappauf,
Kerstin Pahl

unten rechts
Friedrich Merz,
John B. Emerson

Arbeitsgruppe Digitalisierung

„The Future of Mobility“: Vortrag und Podiumsdiskussion

Visionäre Verkehrskonzepte bestimmten die erste öffentliche Veranstaltung der Arbeitsgruppe Digitalisierung der Atlantik-Brücke. Im Drive – Volkswagen Group Forum in Berlin begrüßten Jens Hanefeld, Leiter Internationale Politik im Bereich Außen- und Regierungsbeziehungen der Volkswagen AG, und Lars Klingbeil, MdB, Sprecher für die Digitale Agenda der SPD-Bundestagsfraktion und Co-Leiter der Arbeitsgruppe Digitalisierung der Atlantik-Brücke etwa 70 Gäste.

Johann Jungwirth, Chief Digital Officer der Volkswagen AG, stellte den Einfluss der künstlichen Intelligenz als entscheidenden Treiber der individuellen und gesellschaftlichen Mobilität in den Mittelpunkt seiner Keynote. Für Jungwirth ist das autonome Fahren „das nächste große Thema“. „Dies ist das Herzstück des zukünftigen Automobilverkehrs. Sensoren, Kameras, Radar, Rechnerleistung, auf künstlicher Intelligenz basierte Software und Algorithmen werden es definieren“, sagte er. Jungwirth brachte seine Vorstellung des autonomen Fahrens auf den Punkt: „Die Vision beinhaltet Mobilität für alle. Dies führt zu einer Demokratisierung von Mobilität. In den nächsten zwei bis drei Jahren wird diese Entwicklung an Dynamik zulegen.“

„Das autonome Fahren ist das nächste große Thema“

Die Vernetzung aller Verkehrsträger beherrschte die von Markus Fasse, Teamleiter Mobilität und Logistik beim „Handelsblatt“, moderierte Podiumsdiskussion. „Autonome Straßenfahrzeuge allein werden nicht alle Verkehrsprobleme lösen“, sagte Jürgen Schlaht, Head of Innovative Technologies Mainline Transport, Siemens AG. Kay Euler, Leiter Sicherheit, Qualität und Technik der Deutschen Bahn AG, stimmte dieser Ansicht zu: „Wir müssen deshalb die Verkettungen von Mobilitätsangeboten professionell managen und so für einen hohen Qualitätsstandard sorgen.“

Lars Klingbeil analysierte den politischen Rahmen in der Debatte um intelligente Mobilität und forderte: „Wir müssen beim Breitbandausbau ebenso wie bei der Glasfaser und beim Mobilfunkstandard 5G flächendeckend nachlegen.“

oben
Walter Friederichs

unten
David Deißner,
Kay Euler,
Jürgen Schlaht,
Markus Fasse,
Lars Klingbeil,
Johann Jungwirth

oben
Joachim Freiherr
von Schorlemer,
Michael Hüther

unten
Lara von Tippelskirch

oben
Thomas Matussek,
Richard Gaul

unten
Jens Hanefeld

Lunch Discussion auf der Münchner Sicherheitskonferenz

„The Democratic World Order Under Siege“ mit Dr. Robert Kagan, Senior Fellow Foreign Policy, Project on International Order and Strategy, The Brookings Institution

Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz lud die Atlantik-Brücke zu einer Lunch Discussion im Bayerischen Hof ein. Robert Kagan zeigte sich besorgt, dass die westliche Weltordnung durch Bedrohung von außen, aber auch durch den Vormarsch des Populismus im Westen selbst immer stärker in Bedrängnis gerät. Kagan appellierte in seinem Vortrag an die gemeinsamen transatlantischen Werte und unterstrich in diesem Kontext die große Bedeutung Europas angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Herausforderungen.

Dr. David Deißner, Geschäftsführer der Atlantik-Brücke, vertiefte im Interview mit Robert Kagan einige der Themen des Vortrags:

David Deißner: *In his speech at the Munich Security Conference, Vice President Mike Pence delivered the reassuring message that the United States “strongly supports NATO and will be unwavering in its commitment to this transatlantic alliance.”Nonetheless, there is still serious concern among Europeans with regard to the future of this alliance. What did you make of the vice president’s speech?*

“It is more important than ever that Europe is a strong pillar“

Robert Kagan: The United States will not pull out of NATO. That is not really the issue. I still wonder how significant Vice President Pence’s speech was, because I do not think that anyone outside Trump’s very small circle of advisors has any say over what happens in American foreign policy. Clearly Pence was given authority to say all these encouraging things, so at the very least the president has no intention of making any fundamental changes at this time. But if you asked me what is in the president’s heart and mind, I still think he is not a big fan of Europe. I think he does not know how important Europe is for the United States, and I don't think he has a clear understanding of the economic relationship. So Europe needs to be vigilant. Most of all, it is very important that Europe itself will come together and be as strong and capable as possible. If there are two pillars of the world order that we all value, it is Europe and the United States. The United States is the one in question right now. So it is more important than ever that Europe is a strong pillar.

oben
Friedrich Merz,
Robert Kagan,
Kai Andrejewski

unten
Adrian Fischer,
Walter Uebelhoer,
Holger Mey

DD: *President Trump has endorsed the so-called Brexiters, those in favor of Britain leaving the EU. We also heard from the administration that they would be in favor of bilateral trade deals rather than having a comprehensive trade agreement with Europe. How should Europeans make clear that the unity of Europe is crucial also for the United States?*

"The president and his advisors should understand that America is dependent on the European market"

RK: Well, it is obviously very important. Pence talked about the two world wars of the 20th century. The United States happened to be involved in those two wars. But he doesn't talk about the importance of European unity in preventing a recurrence of that. The EU is an economic organization, but at its heart, it is a political response to the past. The United States needs to go back to understanding that European unity is important. The president and his advisors should understand that America is dependent on the European market, and that it would be wrong to implement a strictly bilateral, beggar-thy-neighbor economic policy. If the European economy has troubles, the American economy has troubles.

DD: *At this year's Munich Security Conference, it has been repeatedly emphasized that Germany and Europe as a whole will finally have to make an appropriate contribution to NATO. Doesn't the new administration have a right to complain that Europe comes late in taking action?*

"I am not interested in rethinking the relationship. It is too important"

RK: This is true. And it has been true for a long time. I think Europe would be a more powerful actor on the world stage if it had more military capacity. And I want Europe to be a more powerful actor on the world stage, because Europe is a pillar of this order. The only part that I do not accept is the "or-else-argument," which says: if Europe does not do this or that, America would have to rethink. I am not interested in rethinking the relationship. It is too important.

DD: *What would be your recommendation to Europeans, and in particular an institution like ours which is devoted to transatlantic dialog and partnership. What should we focus on in these turbulent times?*

RK: This is an opportunity for Europeans and institutions like yours to speak up, certainly more than has been necessary in the past. Before the election you were maintaining ties which were pretty healthy. Now you have to be more active in letting Americans know that Europe matters, that this relationship matters. Europeans should speak up and say: When you Americans are doing the right thing we are going to support you. When America is doing the wrong thing, we are going to tell you that it is the wrong thing. Speaking up can have a beneficial effect for both sides.

oben
Im Bayerischen Hof

unten
Dirk Nowak,
Aldo Belloni

Atlantik Ball

Feierliches Signal für die transatlantische Freundschaft

„Unsere Aufgabe besteht darin, die transatlantischen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Dafür müssen wir uns jeden Tag aufs Neue einsetzen“

Der Saal war in blaues Licht getaucht, als der zweite Atlantik Ball mit einem Walzer eröffnet wurde. Die Mitglieder, Young Leaders-Alumni und Gäste tanzten und feierten bis tief in die Nacht. Doch bei aller festlichen Stimmung blieben die weltpolitische Lage und die derzeit angespannten Beziehungen zu den USA auch an diesem Abend Thema: „Wahrscheinlich hat es in den deutsch-amerikanischen Beziehungen seit Gründung der Atlantik-Brücke selten oder gar nicht eine Zeit gegeben, in der die Bewahrung der transatlantischen Wertegemeinschaft einer so grundlegenden Herausforderung ausgesetzt war wie aktuell“, konstatierte Bundesminister a. D. Peer Steinbrück in seiner Festrede. Er rief dazu auf, die Kontakte über den Atlantik auch angesichts kritischer Töne nicht abreißen zu lassen. Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, unterstrich in seiner Begrüßung, wie wichtig es sei, sich gerade jetzt auf die gemeinsamen Werte zu besinnen: „Unsere Aufgabe besteht darin, die transatlantischen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Dafür müssen wir uns jeden Tag aufs Neue einsetzen.“

Unter den 450 Mitgliedern, Young Leaders-Alumni und Gästen der Atlantik-Brücke, die an diesem Abend ins Hotel InterContinental kamen, waren der Interimsgeschäftsträger der Amerikanischen Botschaft in Deutschland Kent Logsdon, die kanadische Botschafterin Marie Gervais-Vidricaire, Vertreter des deutschen und amerikanischen Militärs sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und den Medien.

Durch den Abend führte Cherno Jobatey, TV-Host und Editorial Director der „Huffington Post“ Deutschland. Das Björn Völlgraf Orchestra begleitete den Abend musikalisch. Zu späterer Stunde tanzten die Gäste zu den Sounds der DJs Beck to Beck und Eric Know. Sponsoren des Atlantik Balls waren Boeing, Coca-Cola, Siemens und der Verband der Automobilindustrie.

oben
Charlotte Merz,
Friedrich Merz

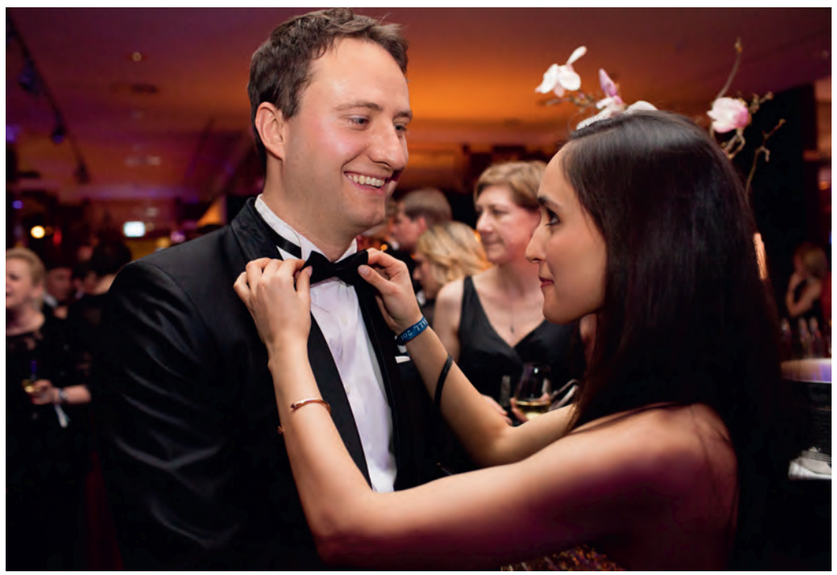
mitte links
Melanie Stolzenberg-Lindner,
Tobias Lindner

mitte rechts
Roman Deringer,
LaSean Brown

unten links
Joachim Wolschke-Bulmahn,
Edelgard Bulmahn,
Florian Almeling,
Martina Almeling

unten rechts
William A. McConvey,
Patrick Kammerer

Joachim Dübner,
Beate Dübner,
Torsten Mager,
Daniela Gollob



oben links
Iona von der Linden,
Carsten von der Linden,
Cindy C. Anderson,
Terry Anderson

oben rechts
Peter Pohlner,
Henriette Ludwig,
Marie Unger von Reiche,
Ludwig von Reiche

mitte links
Johannes Ropers,
Bettina Roeger,
Brian Moran,
Michael Hostetter

mitte rechts
David Deißner,
Alice Steinbrück

unten
Mark Hauptmann,
Jasmin Akram

oben
Kent Logsdon

mitte links
Susanne Kuhlmann,
Andreas Kuhlmann

mitte rechts
Friederike Frucht,
Stephan Frucht

unten links
Sarah Tacke,
Sebastian Schneider

Außenpolitisches Gespräch

„Where Do We Take It from Here?“ mit Dr. Thomas Bagger, Leiter Planungsstab, Auswärtiges Amt, und Martin Klingst, Politischer Korrespondent, „Die Zeit“

Für Deutschland bedeutet die Präsidentschaft Donald Trumps, dass vieles bislang Selbstverständliche neu gedacht werden muss. „Der große Bruder, an den wir uns immer anlehnen konnten, ist nicht mehr da“, kommentierte Thomas Bagger die abgekühlte Stimmung zwischen Deutschland und den USA. Am Vorabend des ersten Treffens zwischen der Bundeskanzlerin und dem US-Präsidenten sprach der designierte Leiter Außenpolitik im Bundespräsidialamt in Berlin mit Martin Klingst über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen.

Donald Trump setze international auf Aufrüstung, nicht auf Zusammenarbeit. Das habe auch sein Budgetentwurf deutlich gemacht, so Martin Klingst. Trump sehe sich nicht primär als Regierungschef, sondern als Anführer einer politischen Bewegung. Dies spiegele sich auch in seinem konfrontativen Regierungsstil wider. Thomas Bagger ergänzte, es sei noch offen, ob sich Trump eher auf die Seite des ideologischen Flügels schlagen wird, den insbesondere sein Chefstratege Stephen Bannon verkörpert, oder pragmatischen Lösungen den Vorzug geben wird.

Beide Redner waren sich einig, dass für eine erfolgreiche transatlantische Zusammenarbeit in Zukunft zunächst eine europäische Selbstvergewisserung nötig ist. Nur so können behutsam gemeinsame Interessen mit den USA eruiert und Werte bewahrt werden.

Um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, müsse auch eine gute persönliche Basis zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Trump geschaffen werden. Dies sei angesichts der unterschiedlichen Persönlichkeiten und divergierenden Ansichten nicht einfach. Doch auch zwischen Barack Obama und Angela Merkel sei ein anfangs distanziertes Verhältnis einer freundschaftlichen Beziehung gewichen.

Die rund vierzig Mitglieder und Young Leaders-Alumni, die zur Veranstaltung ins Magnus-Haus gekommen waren, diskutierten mit den Rednern unter anderem über Präsident Trumps Erfolgsaussichten und über inhaltliche Überschneidungen zwischen der Tea Party und den Positionen Trumps.

oben links
Thomas Bagger

oben rechts
Alexander Marxen,
Ingo Stralkowski

mitte links
Christian Strack,
Ludger Radermacher

mitte rechts
Thomas Bagger,
David Deißner

unten
Martin Klingst

„Die Gesellschaft ist offener als je zuvor für ganz neue Ideen“

Gespräch mit Hans Raffauf, Mitbegründer und COO, Clue, und Albert Wenger, Partner, Union Square Ventures

Für ein Kamingespräch auf Einladung der Atlantik-Brücke war der Start-up-Investor Albert Wenger zu Gast beim Berliner Start-up Clue. Mit dessen COO Hans Raffauf sprach er über „Digital Technologies: Perspectives on the Transatlantic Economy & Society“. Im Interview vertieften wir die Themen des Abends mit den beiden.

Herr Wenger, Sie sind als Deutscher in die USA gegangen, um dort ein IT-Studium zu absolvieren. Darauf folgte eine Firmengründung und Ihre Tätigkeit als Investor. Muss man diesen Schritt in die USA heute noch wagen, oder kann man das mittlerweile ebenso gut in Deutschland machen?

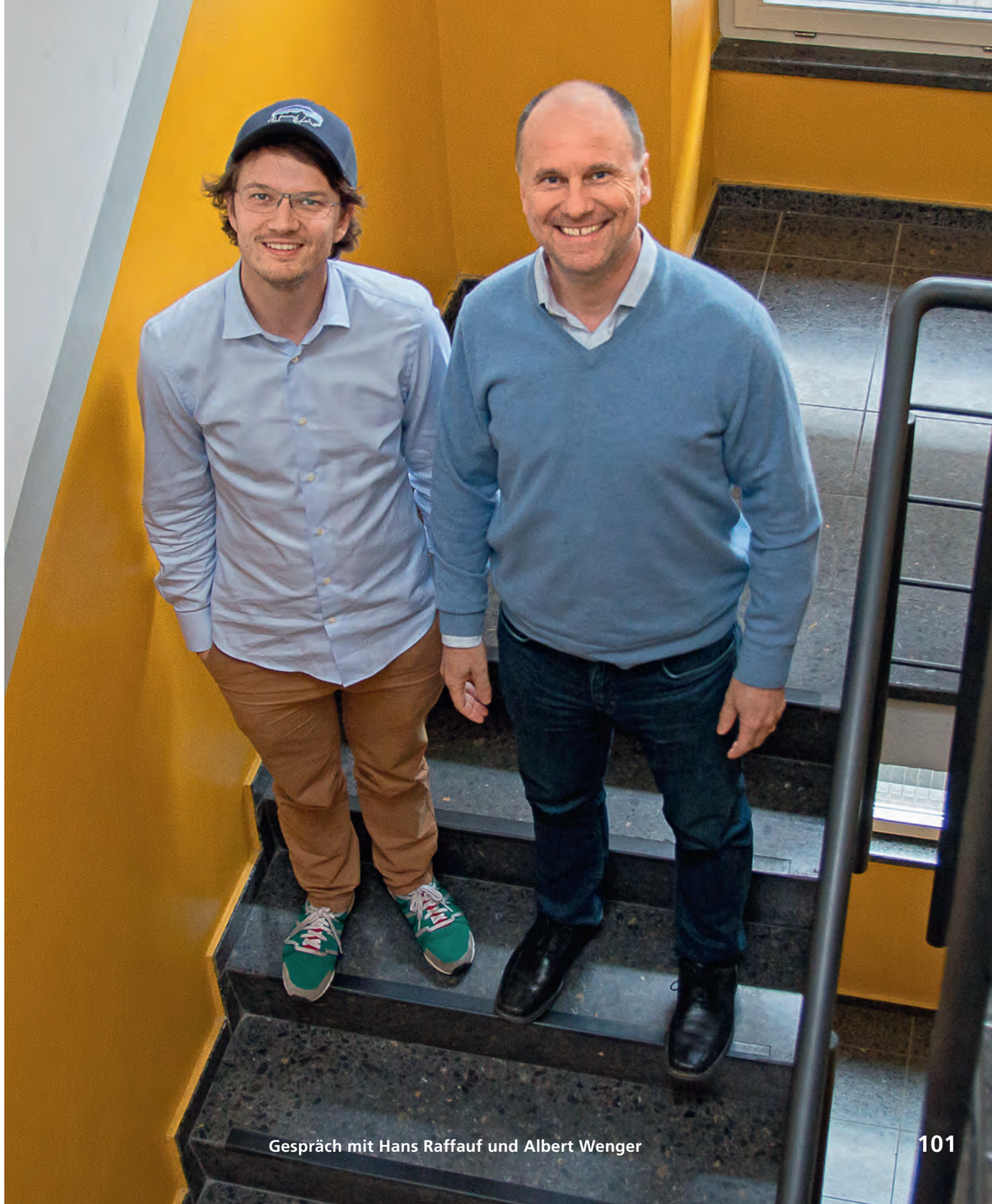
„Ein Vorteil des Internets ist, dass man jetzt tolle Unternehmen in der ganzen Welt aufbauen kann“

Albert Wenger: Ich glaube, ein Vorteil des Internets ist, dass man jetzt tolle Unternehmen in der ganzen Welt aufbauen kann. Neue Unternehmen kommen aus Deutschland – wie zum Beispiel Clue – genauso wie aus China, Japan, Korea. Die Idee, dass man in den USA sein muss, ist nicht mehr aktuell. In gewisser Hinsicht sind die USA heute sogar ein Nachteil, insbesondere der Standort San Francisco/Silicon Valley, weil es dort mittlerweile extrem teuer geworden ist.

Herr Raffauf, wie sehen Sie das als deutscher Start-up-Gründer in Deutschland?

Hans Raffauf: Wir haben immer wieder diskutiert, ob wir mit der Firma umziehen sollen. Anfangs hatten wir überlegt, in den USA zu gründen, haben uns dann aber vor allem dagegen entschlossen, weil wir unsere Kinder in Deutschland aufziehen wollten. Es gibt hier weniger Zugang zu Kapital, man braucht aber auch weniger davon, da die Lebenskosten niedriger sind. Ich glaube, dass es in Sachen Talent noch einen ganz großen Unterschied gibt zwischen Deutschland und den großen Clustern in den USA. Wir sehen aber auch, dass immer mehr Amerikaner nach Europa ziehen, besonders vor dem aktuellen politischen Hintergrund. Wir haben zurzeit sieben Amerikaner im Team, die meisten davon sind für uns nach Deutschland gezogen. Und innerhalb Europas ist Berlin der Standort Nummer eins. Hier ist eine kritische Masse entstanden, die jetzt wächst, weil sie einen gewissen Magneteffekt hat.

Berlin, 29. März 2017



Herr Wenger, hätten Sie am Anfang Ihres Studiums gedacht, dass es so weitreichende, auch gesellschaftlich einschneidende technische Entwicklungen geben würde, wie es sie heute gibt, oder hätten Sie sich sogar noch grundlegendere Änderungen vorgestellt?

AW: Meinen ersten Computer bekam ich vor ungefähr 35 Jahren – das war ein Apple II. Ich habe mich damals schon für Themen wie künstliche Intelligenz interessiert. Da war es natürlich sehr frustrierend, dass wir in diesem Bereich jahrelang relativ wenige Fortschritte gemacht haben. Aber das sind exponenzielle Kurven. Was in den letzten zehn und besonders in den letzten fünf Jahren geschah, ist dramatischer, als ich mir das damals hätte vorstellen können. Jetzt sehen Unternehmer und auch Investoren, dass die Zukunft drastisch anders sein wird, aber die meisten Politiker sehen das leider noch nicht.

Herr Raffauf, werden in der politischen Debatte über Digitalisierung in Deutschland die richtigen Themen angeschnitten?

HR: Jein. Auf der einen Seite scheint es, als wäre die deutsche Wirtschaft aufgewacht. Die „digitale Transformation" ist in aller Munde. Aber die Debatte ist viel zu kurzfristig. Wie wir in Deutschland und Europa in dreißig, vierzig, fünfzig Jahren gegenüber dem Silicon Valley oder China aufgestellt sein werden, darüber reden wenige. Je mehr Talent bereits an einem Ort ist, desto mehr Talent will an diesen Ort. Damit wird ein Aufholen immer schwieriger. Der Föderalismus hindert uns daran, uns auf einen Standort zu verständigen und die Investitionen zu fokussieren. Wenn es nach mir ginge, wäre Berlin die Digitalhauptstadt Europas, und wir würden einen massiven Ausbau der hiesigen Universitäten vorantreiben, um in dreißig bis fünfzig Jahren noch wettbewerbsfähig zu sein.

Die Rettung amerikanischer Arbeitsplätze war ein wichtiger Teil von Donald Trumps Wahlkampfkampagne. Dabei ging es in erster Linie um Arbeitsplätze, die ins Ausland verlegt worden seien. Viele Wissenschaftler argumentieren, dass der weitaus größere Teil von Arbeitsplätzen durch Digitalisierung und Automatisierung verlorengeht. Wie schätzen Sie die Lage ein, Herr Wenger?

„Das Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen mit den Methoden, die Donald Trump vorschlägt, sind Ideen, die uns zurück in die Vergangenheit führen"

AW: Ich glaube, Technologie hat eine doppelte Auswirkung: Manche Arbeitsplätze wurden direkt durch technischen Fortschritt ersetzt, aber die technologische Veränderung hat es auch möglich gemacht, Arbeitsplätze an andere Orte zu verlegen. Das *digital offshoring* wurde erst dadurch ermöglicht, dass Daten digital zum Beispiel nach Bangalore geschickt werden können. Diese zwei Trends wirken eng zusammen. Das Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen, mit den Methoden, die Donald Trump vorschlägt, sind Ideen, die uns zurück in die Vergangenheit führen. In den USA schafft die Solarenergie zum Beispiel heute schon viel mehr Arbeitsplätze als Kohle, trotzdem sagt die Regierung Trump, dass wir unbedingt wieder Menschen in die Bergwerke schicken müssen. Das ist sehr rückwärtsgewandt, und es unterschätzt fundamental die extreme Beschleunigung, die digitale Technologien auf den Arbeitsmarkt ausüben.

Sie haben sich häufig dazu geäußert, wie Gesellschaften aussehen könnten, die sich viel mehr Arbeit von Maschinen abnehmen lassen, und sich dabei für ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgesprochen. Halten Sie das, gerade in den USA, für ein realistisches Modell?

AW: Ich denke, wenn man in der Wahl Donald Trumps etwas Positives sehen will, dann kann man sagen, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Bislang haben wir versucht, immer wieder mal an der Zinsschraube zu drehen oder das eine oder andere Programm zu starten, um Arbeitsplätze zu schaffen – mit der Erwartung, das würde alle Probleme lösen. Die Wahl aber zeigte, dass Menschen nicht mehr daran glauben. Sie glaubten nicht, dass Hillary Clintons Programm „More of the same" mit ein paar Feinjustierungen ausreichen wird. Das hat zur Folge, dass Raum für radikalere Ideen geschaffen wurde. Eine dieser radikaleren Ideen ist das Grundeinkommen. Die technologischen Fortschritte, die wir heute sehen – seien es selbstfahrende Lastwagen oder Computerprogramme, die Rechtsanwälte oder Ärzte ersetzen –, zeigen, dass die Automatisierung nicht mehr auf manuelle Arbeit beschränkt ist. In der Folge steigt das Interesse an Alternativen, und die Gesellschaft wird offener als je zuvor dafür, ganz neue Ideen zu diskutieren.

„Das Interesse an Alternativen steigt, und die Gesellschaft wird offener als je zuvor dafür, ganz neue Ideen zu diskutieren"

Die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen spielt – im Zusammenhang mit zunehmender Automatisierung – auch in Deutschland eine Rolle. Herr Raffauf, sehen Sie darin eher eine Chance oder ein Risiko?

HR: Wir müssen uns fragen, wie sich die Gesellschaft entwickeln soll, wenn Jobs zunehmend von Maschinen ersetzt werden. Ist die protestantische Arbeitsethik tatsächlich das richtige Wertesystem in einer Gesellschaft, die im Überfluss lebt? Man sollte sich fragen, ob Leistung tatsächlich so eng mit individueller Zufriedenheit und gesellschaftlichem Ansehen verkuppelt sein muss. Vielleicht gibt es ja eine Gesellschaftsform, in der der Raum für Bildung und künstlerisches Schaffen durch ein Grundeinkommen vergrößert werden kann und das Glück von morgen daher kommt.

Bill Gates schlug kürzlich vor, man sollte Roboter besteuern, um ein solches Modell zu finanzieren. Was halten Sie davon, Herr Wenger?

AW: Das will er, weil die Alternative wäre, Bill Gates zu besteuern. Ich glaube, die Besteuerung von Technologien verlangsamt den Prozess, diese tatsächlich verwenden zu können. Wenn wir Traktoren besteuert hätten, dann hätten mehr Menschen noch länger in der Landwirtschaft arbeiten müssen. Zudem stellt sich die Frage: Was genau ist ein Roboter? Muss er Arme haben? Was ist mit einem Algorithmus oder einem Computerprogramm, das menschliche Arbeit ersetzt? Sollen wir Microsoft Word besteuern? Wir sollten eher Dinge besteuern, von denen wir wissen, dass sie schlecht sind für die Welt, wie zum Beispiel den Ausstoß von Kohlendioxid. Zusätzlich denke ich, dass wir auch eine Besteuerung des Geldes selbst oder des Reichtums brauchen, weil die Digitalisierung vorherige Normalverteilungen in sogenannte *power laws* verwandelt. Das heißt, der Erfolg der Gewinner ist um ein Vielfaches höher als in der Vergangenheit, die *outlier* werden immer extremer, und es gibt auch immer mehr Monopolstellungen. Hier sammelt sich Geld an, mit dem das bedingungslose Grundeinkommen finanziert werden kann.

Transatlantischer Dialog

„The End of Europe“ mit James Kirchick, Fellow, Foreign Policy Initiative, und Dr. Richard Herzinger, Korrespondent für Politik und Gesellschaft, „Die Welt“

Wenn ein amerikanischer Journalist ein Buch mit dem Titel „The End of Europe“ schreibt, der noch dazu Young Leaders-Alumnus der Atlantik-Brücke ist, besteht Redebedarf. „Russland ist aggressiv, Europa apathisch – und die USA sind abwesend.“ Mit diesen Worten fasste Autor James Kirchick seine Kernthese zusammen. Russland gebe immer größere Summen für sein Militär aus und betrachte Bundeskanzlerin Merkel als Staatsfeindin Nummer eins, da sie den Westen noch am ehesten zusammenhalte.

„Man kann kein Preisschild an die Bedeutung des Schutzes und der Sicherheit Europas hängen“

Der Brexit habe zu keinem unpassenderen Zeitpunkt kommen können, so der Amerikaner weiter. Der demografische Wandel und ein schwaches Wachstum führten zu einem Mangel an Zuversicht in Europa und begünstigten den Aufstieg populistischer Bewegungen. James Kirchick sparte nicht mit Kritik, als er über die Situation seines Landes sprach. Präsident Trump stehe „der europäischen Idee feindlich gegenüber“. Trump verstehe auch den Grundgedanken der NATO nicht: „Man kann kein Preisschild an die Bedeutung des Schutzes und der Sicherheit Europas hängen.“

Richard Herzinger merkte an, dass angesichts der isolationistischen Tendenzen der Vereinigten Staaten „Das Ende des Westens“ ein treffenderer Titel für das Buch gewesen wäre. Für Europas Zukunft hat er jedoch Hoffnung. Zwar steige hier einerseits die antiamerikanische Haltung. „Andererseits vergegenwärtigen sich viele Bürger den Wert der westlichen Allianz, die verteidigt werden muss“, sagte Herzinger. Mit Blick auf Russland forderte er von Europa mehr Geschlossenheit und Stärke. Der russische Präsident führe bereits „heiße Kriege“ und dürfe auf kein Entgegenkommen stoßen.

Gänzlich ohne Zuversicht betrachtete auch James Kirchick die Lage Europas und der USA nicht. Er forderte vielmehr, dass die transatlantischen Partner für die Prinzipien einstehen müssen, die sie mehr als siebzig Jahre lang aufgebaut haben.

Das Gespräch moderierte Katja Gloger, Autorin beim „Stern“. Der „Transatlantische Dialog“ ist eine Kooperation der Atlantik-Brücke mit Microsoft Deutschland.

oben
Katja Gloger,
James Kirchick,
Richard Herzinger

unten
Torsten Murke

Abschied für Botschafterin Marie Gervais-Vidricaire

„Partners on Equal Terms“

“It is easy sometimes for Europeans to forget Canada, as our big neighbor provides ample reasons to focus your attention”, stellte Marie Gervais-Vidricaire beim Abschiedsdinner der Atlantik-Brücke fest. Doch Kanadier und Europäer verbinde ein starkes gemeinsames Wertegerüst, das gerade angesichts der internationalen Herausforderungen zum gemeinsamen Handeln verpflichte: “We all have to ensure that we seize every opportunity to work together to shape globalization, fight climate change and strengthen international cooperation on a range of other important issues.” Die kanadische Botschafterin, deren diplomatische Karriere nach 37 Jahren zu Ende ging, dankte der Atlantik-Brücke im Bärensaal des Alten Stadthauses in Berlin für die enge Zusammenarbeit.

Atlantik-Brücke-Vorsitzender Friedrich Merz würdigte die Verdienste der Botschafterin um die deutsch-kanadische Partnerschaft und ihren Einsatz für das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA. Er unterstrich die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und die enge vorhandene Partnerschaft: “Germany and Canada act as close international partners on equal terms.” In einem persönlichen Grußwort dankte abschließend der Botschafter Belgiens, S. E. Ghislain Jean Maurice D’hoop, seiner Kollegin für ihr großes Engagement.

oben
Marie Gervais-Vidricaire

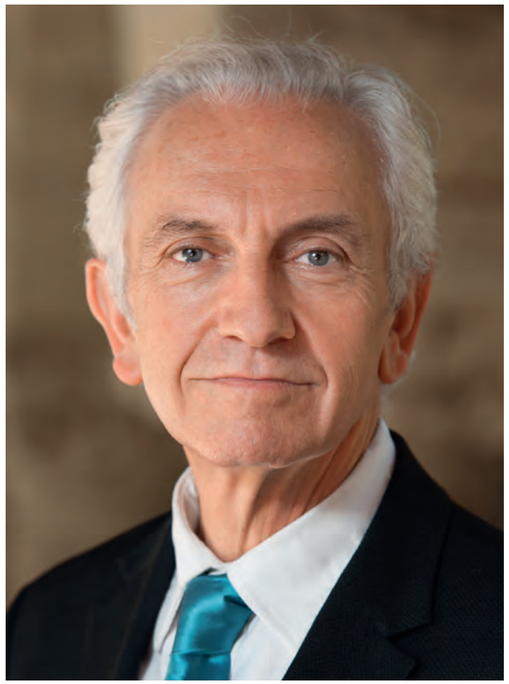
mitte links
Harald Ebner,
William Mart Laanemäe,
Marc Vidricaire,
Marie Gervais-Vidricaire,
Klaus-Peter Flosbach

mitte rechts
Marie Gervais-Vidricaire

unten links
Elita Kuzma

unten rechts
Im Bärensaal im
Alten Stadthaus

Themen-dossier



Russell Berman

Michael Hüther

Zerfällt der Westen?

Prof. Dr. Russell Berman
ist Walter A. Haas Professor in the Humanities an der Stanford University und Senior Fellow an der Hoover Institution.
Prof. Dr. Michael Hüther
ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und Gerda Henkel Adjunct Professor 2016/2017 an der Stanford University. Zudem ist er Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke.

Derzeit verlieren grundlegende Orientierungen unseres westlichen Gesellschaftsmodells rasant ihre zuvor nie bezweifelte Selbstverständlichkeit: die Rechtsnationalisten in Westeuropa, die Linkspopulisten in Südeuropa (Syriza, Podemos) und nach 1989 besonders schmerzhaft die autoritäre Wende in Teilen Osteuropas; Erdoğans Abschied von Europa neben dem Versagen des Arabischen Frühlings; der Angriff Putins auf die politische Ordnung nach 1990; und wohl vor allem die isolationistische Entwicklung in den Vereinigten Staaten, die sich in Trumps Wirtschaftsnationalismus ausdrückt. Diese Druckfaktoren bündeln sich in zuvor unbekannter Weise.

Derzeit verlieren grundlegende Orientierungen unseres westlichen Gesellschaftsmodells rasant die zuvor unbezweifelte Selbstverständlichkeit

Wer glaubt, dass es nur um politische Interessen und die Frage nach der angemessenen Repräsentation sowie den Machtausgleich geht, der irrt. Die explizit vorgetragene (russischer Außenminister Lawrow, europäische Rechtspopulisten) oder implizit enthaltene (Trumps Kritik an Freihandel und Globalisierung, Erdoğans Verfassungspläne) Absage an den (transatlantischen) „Westen" ist nicht nur der Versuch, das Miteinander der Staaten auf eine rein macht- und interessenbasierte Grundlage zu stellen, die wir historisch aus dem 19. Jahrhundert kennen. Es ist ebenso tiefergehend eine Absage an die westlichen Werte, die das Projekt des Westens aus historischer Perspektive – 1776 und 1789 – normativ binden: die unveräußerlichen Menschenrechte, die Herrschaft des Rechts, die Gewaltenteilung, die Volkssouveränität und die repräsentative Demokratie.

Nun ist der Druck auf das normative Projekt des Westens von außen und innen nicht zufällig so gebündelt und so stark wie nie zuvor. Die im Gegensatz dazu scheinbar komfortable Situation während des West-Ost-Konflikts ergab sich aus der eindeutigen (und negativen) Alternative. Nach der Auflösung des West-Ost-Konflikts dominierte eine naive Selbstgewissheit des Westens, erkennbar in der unausgesprochenen Alternativlosigkeit des eigenen Gesellschaftsmodells. Die Folge war eine doppelte Unachtsamkeit: erstens den negativen Folgen gegenüber, die dem westlichen Modell ebenso zueigen sind; zweitens den tatsächlich vorhandenen Alternativen gegenüber, die seit Längerem aus der kapitalistischen Öffnung der Volksdiktatur China und jüngst aus dem „islamistischen Projekt" resultieren.

Nach der Auflösung des West-Ost-Konflikts dominierte eine naive Selbstgewissheit des Westens, erkennbar in der unausgesprochenen Alternativlosigkeit des eigenen Gesellschaftsmodells

Die große Chance der gegenwärtigen Unordnung liegt darin, die Potenziale und die Potenzen des Westens zeitgemäß neu zu vermessen und daraus konkrete Ableitungen für die Umsetzung zu erhalten. Zunächst: Ist der Wertekanon des Westens noch plausibel und angemessen? Heinrich August Winkler lässt daran keinen Zweifel: Die Geschichte des westlichen Projekts ist noch lange nicht auserzählt, denn „die subversive Kraft der Ideen von 1776 und 1789 hat sich noch längst nicht erschöpft" und „das normative Projekt ist im Hinblick auf die Universalität der Menschenrechte" unvollendet. Hieraus ergeben sich derzeit vor allem folgende gewaltigen Spannungen:

Die große Chance der gegenwärtigen Unordnung liegt darin, die Potenziale und die Potenzen des Westens zeitgemäß neu zu vermessen und daraus konkrete Ableitungen für die Umsetzung zu erhalten

Die Flüchtlingskrise mit dem Westen als Zielregion der Migration. Welche Bedeutung hat dafür die „Universalität der Menschenrechte"? Es haben sich tiefgreifende Unterschiede in der Aufnahmebereitschaft der entwickelten Länder gezeigt, zugleich aber auch eine relative Schwäche bei der Bekämpfung der Ursachen der Flucht (z. B. Versagen der Diplomatie in Syrien). Müssen wir uns nicht vielmehr auf Hannah Arendts „We Refugees" beziehen und gerade an der Flüchtlingsbewegung normativ konsistent Haltung beziehen, wie es eigentlich nur Angela Merkel getan hat?

Die Elitenkrise mit der Folge, dass die für die Geschichte des Westens typische Selbstdurchsetzung seiner Werte fundamental geschwächt wird. Tatsächlich bedarf es aber – wie Wilhelm Röpke es nannte – säkularisierter

Heiliger, er meinte akzeptierte Vorbilder, wir würden von der politischen-kulturellen Klasse sprechen. Die sind allerdings überall in der westlichen Welt abhandengekommen. Dieses Fehlen einer glaubwürdigen Elite geht dabei Hand in Hand mit einem emphatischen Antielitarismus als Komponente des sich verbreitenden Populismus. Kann der Westen ohne den problemadäquaten Diskurs der Eliten nahe bei den gesellschaftlichen Problemen seinen Weg selbstbewusst gehen?

Das Fehlen einer glaubwürdigen Elite geht Hand in Hand mit einem emphatischen Antielitarismus als Komponente des sich verbreitenden Populismus

Die Medienkrise: Demokratie und minderheitsresistente Rechte der Mehrheit funktionieren nur in einem „öffentlichen Raum" (Hannah Arendt), der dem Austausch und Aushandeln der Bürgergesellschaft dient. Das setzt funktionsfähige Medien und faktenbasierte Diskurse voraus. In Zeiten von *fake news, alternative news* und „postfaktischen Diskursen" verlieren wir diese Basis. Die Gesellschaft zerfällt in Vorurteilsgemeinschaften, das Gemeinsame ist nicht mehr zu gestalten, ein Vorgang, der durch die neuen Technologien und soziale Netzwerke nur beschleunigt wird. Wie sichern wir unseren öffentlichen Raum?

Die Legitimationskrise der Politik infolge unaufhaltsam wachsender Bürokratisierung, einer nur noch strategischen Öffentlichkeitsarbeit (im Sinne der „Postdemokratie" von Colin Crouch) und „volksferner" Politik. Hinzu kommt der Druck, größere Räume zu verwalten und zu integrieren, um einer globalen Konkurrenz standzuhalten, womit die Machtzentren immer ferner werden – daher die Zunahme exekutiver Macht in den USA und das „Demokratiedefizit" in der EU. Trotz globaler Interdependenzen gibt es starke Gründe für eine Neubelebung des Subsidiaritätsprinzips.

Die Gesellschaft zerfällt in Vorurteilsgemeinschaften, das Gemeinsame ist nicht mehr zu gestalten, ein Vorgang, der durch die neue Technologie und soziale Netzwerke nur beschleunigt wird

Was aber bedeutet die Krise des Westens für die Verheißung seiner Wirtschaftsordnung, der Marktwirtschaft? Die Globalisierung unserer Zeit gewann mit dem Fall des Eisernen Vorhangs eine neue Qualität. Zugleich ging aber das Bewusstsein darüber verloren, dass diese Globalisierung, eingebunden in die „Geschichte des Westens", selbst ein normatives Projekt ist. Die Dynamisierung der weltweiten wirtschaftlichen Integration ist mit der Aussicht verbunden, dafür mit den westlichen Werten eine verlässliche Basis zu schaffen – und diese wiederum durch den wirtschaftlichen Erfolg zu stabilisieren. Die werteneutrale Sicht der globalisierten Marktwirtschaft mit Blick auf China hat gravierende Rückwirkungen auf die Vermittlung der Globalisierung im Westen.

Die Verarmung oder Unterentwicklung ganzer Regionen oder Länder kann nicht zur Wahrheit eines erfolgreichen Westens gehören

Freihandel und unbehinderter Kapitalverkehr sind essenziell für die Wohlstandsmehrung, können aber gravierende Verteilungsfolgen haben: einkommensmäßig und in regionaler Hinsicht. Staaten mit angemessener Infrastrukturpolitik – materielle und immaterielle (Bildung) – stehen besser da. Der Schieflage in altindustriellen Regionen muss mithilfe wirksamer Strategien begegnet werden. Die Verarmung oder Unterentwicklung ganzer Regionen oder Länder kann jedenfalls nicht zur Wahrheit eines erfolgreichen Westens gehören. Diese lange ignorierten regionalen Folgen der Globalisierung werden dort als Kontrollverlust gedeutet: Man ist intransparent fremden Kräften ausgesetzt.

Aus alledem folgt: Das normative Projekt des Westens ist nicht tot, wie Lawrow behauptet, aber überholungsbedürftig. Allein die Erzählung der westlich-transatlantischen Werte reicht nicht mehr (so wie auch die Erzählung der europäischen Idee für Frieden und Wohlstand) – obgleich sie unverändert richtig ist, sie bedarf aber der lebenspraktischen Übersetzung. Das erfordert Antworten auf den fundamental belastenden Kontrollverlust infolge der Globalisierung, der Finanzkrise, der Digitalisierung. Die damit angelegte Identitätskrise in den westlichen Gesellschaften findet derzeit nur negative Antworten der Abschottung, sei es sozialpolitisch, sei es handelspolitisch. Es muss aber darum gehen, durch eine Rückbindung an die normative Basis der Marktwirtschaft, ihre Verankerung in den Werten des Westens, den Primat der Politik durch eine Debatte über die in den Feldern gleichermaßen bedeutsamen Regulierungsfragen und Standardsetzungen gerade auch in der G20 bewusst zu füllen.

Das normative Projekt des Westens ist nicht tot, aber überholungsbedürftig

Zudem muss es darum gehen, durch eine differenzierte Standortpolitik im Westen, die die relevanten Bildungsprobleme, die Verteilungsfolgen und die regionalen Entwicklungsunterschiede wirksam angeht, neue Aufstiegsperspektiven realistisch zu begründen. Dann sollte es möglich sein, die moralischen Verpflichtungen des Westens in der Welt ernst zu nehmen, wo sie besonders gefordert sind: in der Entwicklungspolitik und in der Flüchtlingspolitik. Das wird nachhaltig nur möglich sein, wenn man die sozialen Probleme zu Hause berücksichtigt und die institutionellen Besonderheiten außerhalb des Westens als kulturelle Herausforderung begreift.

David McAllister

Steady as a Rock

David McAllister
ist Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist seit Januar 2017 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und seit Oktober 2015 Vizepräsident der Europäischen Volkspartei (EVP). Von 2010 bis 2013 war er niedersächsischer Ministerpräsident.

Die transatlantischen Beziehungen werden auch in Zeiten globaler Ungewissheit bestehen

Stehen wir vor dem Beginn einer neuen, „postfaktischen" Ära? Sind Freihandel und Globalisierung bedroht? Wie steht es um das transatlantische Verhältnis? Die Wahl Donald Trumps zum neuen amerikanischen Präsident ist zweifellos ein neuer Unsicherheitsfaktor in einer immer komplexer und unübersichtlicher werdenden Welt. Die Konstanten der transatlantischen Beziehungen bieten gleichwohl Anlass, der globalen Entwicklung, einschließlich des europäisch-amerikanischen Verhältnisses, mit Optimismus entgegenzusehen.

Eine ehemalige Business- und TV-Ikone ohne praktische politische Erfahrung erklimmt das höchste politische Amt. Noch dazu ein Mann, der Medien und Justiz denunziert und wichtige Botschaften mit 140 Zeichen per Twitter kommuniziert. Das ist ein Novum in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaft. Viele Amerikaner und auch internationale Beobachter zeigen sich besorgt über die Äußerungen und ersten Amtshandlungen von Herrn Trump – vom *Muslim ban* über sein Bestreben, eine Mauer an der Grenze mit Mexiko zu errichten, über die Androhung von Strafzöllen auf importierte Waren aus der EU bis hin zur Äußerung, die NATO sei „obsolet".

Donald Trump hatte einmal gesagt: „Ich liebe Amerika. Und wenn man etwas liebt, beschützt man es mit allem, was man hat." Seine Vorliebe für Protektionismus und die *America first*-Strategie beruhen in der Tat auf dem Konzept, Verhandlungen aus einer Position der Stärke zu führen und für die Vereinigten Staaten und die amerikanische Wirtschaft das Beste herausholen zu wollen. Dabei wird außer Acht gelassen, wie verflochten die Welt bereits ist. Auch die mächtigste Nation der Welt kann nicht allein bestehen. Sie braucht Bündnis- und Handelspartner, Partner und Unterstützer, um ihre Interessen in der Welt durchzusetzen. Man kann die Zwänge unserer Zeit nicht ignorieren. Es gilt, die Globalisierung zu gestalten, anstatt sich ihr zu entziehen.

Auch die mächtigste Nation der Welt kann nicht allein bestehen. Sie braucht Bündnis- und Handelspartner, Partner und Unterstützer, um ihre Interessen in der Welt durchzusetzen

Wir – Europäer und Amerikaner – sind durch unsere gemeinsamen freiheitlich-demokratischen und christlich-humanistischen Werte verbunden und in unseren grundlegenden Interessen geeint. Diese Zusammenarbeit ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte, die maßgeblich zu Frieden, Stabilität und Wohlstand beigetragen hat. Effektives Handeln in der Welt setzt auch in Zukunft gewinnbringende Kooperationen voraus. Das gilt insbesondere für Partner wie die EU und die USA, die in ihren Werten und Grundüberzeugungen so nahe beieinander stehen.

Die EU und die USA sind die weltweit am stärksten miteinander verflochtenen Wirtschaftsregionen

So bleibe ich optimistisch, dass die Grundpfeiler der transatlantischen Zusammenarbeit, die sich in der Vergangenheit unter ganz unterschiedlichen Regierungskonstellationen und auch in Krisenzeiten immer wieder bewährt haben, auch die nächsten Jahre tragen werden. Diese sind für mich Pragmatismus, Wertekonsens und zivilgesellschaftliche Bindungen.

Wirtschaftlicher Pragmatismus

Ganz pragmatische Gründe sprechen dafür, dass der Präsident von möglichen protektionistischen Maßnahmen gegenüber der EU letztlich absehen wird. Die EU und die USA sind die weltweit am stärksten miteinander verflochtenen Wirtschaftsregionen. Auf beiden Seiten des Atlantiks sichert der gemeinsame Handel rund 15 Millionen Arbeitsplätze. Bezüglich des Warenverkehrs sind die USA für die EU der wichtigste Handelspartner. Umgekehrt ist die EU nach Japan der zweitwichtigste Handelspartner für die USA. Sowohl Amerikaner als auch Europäer sind daher an guten Handelsbeziehungen interessiert.

Amerikanische Strafzölle auf Importe europäischer Firmen wie etwa deutsche Automobilkonzerne würden letztlich zu höheren Preisen für die Verbraucher und Arbeitsplatzverlusten auf beiden Seiten des Atlantiks führen. Das ist nicht im amerikanischen Interesse. Darüber hinaus ist fraglich, ob Strafzölle überhaupt unter geltenden WTO-Regeln durchsetzbar wären.

Unsere gemeinsamen Interessen sprechen ebenso dafür, dass wir enge Partner in der Außen- und

Sicherheitspolitik bleiben. Amerikaner und Europäer sehen sich in vielen Bereichen einer ähnlichen Bedrohungslage ausgesetzt. Das gilt insbesondere für den internationalen Terrorismus. Ein aktueller Bericht zum Terrorist-Finance-Tracking-Abkommen zwischen der EU und den USA zeigt, dass die enge transatlantische Kooperation erheblich dazu beigetragen hat, Terrornetzwerke aufzuspüren. So gab es in nur einem Jahr fast 9 000 Fälle, in denen der Austausch relevanter Informationen ausschlaggebende Hinweise für die Ermittlung geliefert hat.

Die NATO bleibt – trotz einzelner abschätziger Äußerungen – sowohl für Europa als auch für Nordamerika ein essenzielles Militärbündnis zur gemeinsamen Verteidigung. Vom transatlantischen Verteidigungsbündnis im Kalten Krieg bis hin zur heutigen umfassenden Sicherheitsorganisation mit einem vielfältigen Tätigkeitsspektrum von Friedenssicherung bis zur Katastrophenhilfe, Minensuche und Bekämpfung von Piraterie ist der Nordatlantikpakt seit bald sieben Jahrzehnten der zuverlässige Garant für unsere Sicherheit. Dabei hat sich die NATO auf Grundlage unserer gemeinsamen Interessen stetig an unsere wandelnden Sicherheitsbedürfnisse angepasst.

Die NATO bleibt – trotz einzelner abschätziger Äußerungen – sowohl für Europa als auch für Nordamerika ein essenzielles Militärbündnis zur gemeinsamen Verteidigung

Nach wie vor ist auch die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU von großer Bedeutung. Im Zuge der aktuellen Sicherheitsherausforderungen verstärkt die EU ihre Anstrengungen zum Ausbau ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit. Eine militärisch effizientere und handlungsstärkere EU wird die NATO ergänzen und damit auch die transatlantische Kooperation unterstützen. Auch das ist im amerikanischen Interesse.

Wertekonsens

Amerikaner und Europäer blicken auf eine lange und erfolgreiche Kooperation auf dem Fundament gemeinsamer Werte und Grundeinstellungen zurück. Insbesondere in der jüngeren Geschichte Deutschlands spielten die Vereinigten Staaten eine Schlüsselrolle. Genannt seien die amerikanische Unterstützung beim Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, die militärische Schutzgarantie und die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, Deutschland als festes Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft wieder zu nationaler Souveränität zu verhelfen.

Amerikaner und Europäer bleiben in ihren Werten und Grundüberzeugungen und den sich hieraus ergebenden gemeinsamen politischen Absichten geeint

Dies geschah vor dem Hintergrund der europäischen Integration. Den auf Menschenwürde, Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus beruhenden Staatenverbund hat Washington als willkommenes Projekt gleichgesinnter Nationen angesehen, mithilfe dessen künftige Kriege durch wechselseitige Verflechtungen verhindert werden sollten.

Auch wenn sich die weltpolitischen Parameter seitdem gewandelt haben, bleiben Amerikaner und Europäer in ihren Werten und Grundüberzeugungen und den sich hieraus ergebenden gemeinsamen politischen Absichten geeint, so bei der Verteidigung von Demokratie und beim Menschenrechtsschutz innerhalb der Vereinten Nationen.

Zivilgesellschaftliche Bindungen

Zivilgesellschaftliche Bindungen bilden den dritten Grundpfeiler der transatlantischen Beziehungen. In den letzten Jahrzehnten bildeten sich auf allen Ebenen, von Wirtschaft und Politik über Kultur und Forschung bis hin zu Hochschul- und Jugendaustausch, enge zivilgesellschaftliche und auch persönliche Bindungen zwischen Europäern und Amerikanern. Über digitale Technologien und soziale Netzwerke sind wir als transatlantische Partner auf allen Ebenen in ständigem Kontakt und Austausch. Diese vielschichtigen Bindungen untermauern das transatlantische Verhältnis. Sie werden auch in Zukunft unabhängig von politischen Meinungsverschiedenheiten die europäisch-amerikanische Partnerschaft stärken und bereichernde Synergieeffekte erzeugen.

Die EU und die USA sind aufeinander angewiesen, um ihre gemeinsamen Werte und Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen und weltweit Frieden und Sicherheit zu fördern. Somit stünde viel auf dem Spiel, wenn das transatlantische Bündnis infrage gestellt würde. Grund zur Sorge gibt es aber nicht. Die transatlantische Zusammenarbeit ist stark. Sie wird auch in unruhigen und gar stürmischen Zeiten bestehen und von den Grundpfeilern der gemeinsamen Interessen, Werte und Bindungen getragen werden – wenn wir uns weiterhin für sie einsetzen und ihren Mehrwert erkennen.

In einem globalen Klima der Angst und Unsicherheit gilt es, Ruhe zu bewahren. Lasst uns auf allen Ebenen den Dialog mit unseren amerikanischen Partnern stärken und weiter intensiv an unseren gemeinsamen Projekten arbeiten. Partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der unerschütterlichen Grundlage gemeinsamer freiheitlicher Werte ist der Schlüssel, um die Globalisierung zu gestalten, Stabilität und Orientierung zu stiften und in Zeiten globaler Unsicherheit erfolgreich zu bestehen.

Die transatlantische Zusammenarbeit ist stark. Sie wird auch in unruhigen und gar stürmischen Zeiten bestehen und von den Grundpfeilern der gemeinsamen Interessen, Werte und Bindungen getragen werden

Xenia Wickett

Trump's Foreign Policy Is Looking Very Predictable

by Xenia Wickett

Xenia Wickett is the head of the US and the Americas Programme and Dean of the Queen Elizabeth II Academy at Chatham House. She previously worked in the US National Security Council, Office of the Vice President and State Department.

Despite much hype to the contrary, the president's foreign policy is conforming to pattern, constrained by clearly identifiable factors – domestic, international, and personality driven.

Donald Trump's first two months in office were focused principally on domestic policy, but recently, international events have jumped to the top of the agenda. He met with Chinese President Xi Jinping, ordered a missile strike in response to the Assad regime's use of chemical weapons against its own people in Syria, claimed to have directed an "armada" towards North Korea and sent Secretary of State Rex Tillerson to Moscow. Now that the campaign bluster has faded away, is a "Trump doctrine" becoming recognizable in the president's foreign policy?

China: In his meeting with the Chinese President at his Mar-a-Lago retreat in Florida at the beginning of April, he did not berate Xi over currency manipulation or impose high import tariffs as he threatened during the campaign. Instead, Trump suggested that "tremendous progress" had been made, starting with a positive first step in U.S.-China relations (although, if China does not follow through with action, he could quickly turn negative). U.S. economic priorities trump (excuse the pun) other interests, such as the territorial concerns of U.S. allies. Trump will grasp opportunities where possible and only push back if directly wronged.

North Korea: North Korea provides him with an opportunity to show that he can use American strength unilaterally, even if it means ignoring the capabilities and perhaps the interests of key allies. Of course it is all about hard power; he has shown no interest in soft power, which, given how much it has diminished with his election, is realistic. Trump is belligerent in word and (belatedly) in action, but it is not clear what the follow through might be.

Syria: President Trump surprised many with his use of cruise missiles against the Assad regime's air base at Shayrat. Some have suggested that this is a reversion to a more "humanitarian" America. And yet, such an interpretation would be against everything that Trump has said thus far.

Instead, the strike conformed to his preferred modus operandi: it disregarded established multilateral structures, promoted his reputation for unpredictability, and again showed that America can be strong. The strike is more probably a unique event, unlikely to be repeated. As Trump voters oppose a sustained campaign in Syria, and the cost is prohibitive, Trump is unlikely to follow through.

Russia: American commentary in the first months of the Trump presidency suggested a "love-in" between Trump and Russian President Vladimir Putin. This was never going to be the case.

While a short-term "deal" might have been (and might still be) possible, it would not have lasted. Trump's interest, where Russia is concerned, is counterterrorism. Putin needs to step up in this area and, while it should be possible to align this with Russia's support of Assad, treading this fine line was always going to be extremely difficult. Trump was further constrained by his Cabinet, his bureaucracy and, as importantly, Congress, none of whom trust Putin. So a wary and antagonistic relationship was always the more likely outcome of Tillerson's visit to Moscow.

The Trump doctrine?: Trump's foreign policy doctrine will be guided, as it is for all presidents, by America's interests and its constraints. America's interests have not changed from those under President Obama, and Trump's style and actions to date have only imposed more constraints.

Seen through these lenses, Trump's recent policies largely conform to a pattern. Trump is not only constrained domestically by his voters (where he needs to been seen as ensuring their well-being) and the American economy (think big tax cuts), but also by his Cabinet and a divided Congress. He is limited internationally by perceptions of Western decline and a distracted (and increasingly populist) Europe. And he is limited by his own personality, which has fueled concerns about U.S. unreliability.

Thus, his recent actions amount less to a new "Trump doctrine" than to the president confronting reality.

Jahreschronik der Atlantik-Brücke

2016

23.–24.05.2016 Deutsch-Amerikanische Konferenz „Toward a New Transatlantic Narrative: The German-American Partnership in Turbulent Times". Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C., in Kooperation mit dem American Council on Germany

24.05.2016 Get-Together der Young Leaders-Alumni mit Josh Rogin, Kolumnist bei „Bloomberg View". Metropolitan Club, Washington, D.C.

26.05.2016 Frühstück und Diskussion zwischen Young Leaders-Alumni und einer Delegation des U.S. Marine Corps War College mit Dr. Majid Sattar, Politischer Korrespondent, FAZ, und Simon Vaut, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Magnus-Haus, Berlin

05.–12.06.2016 Studienreise nach Deutschland für amerikanische Lehrer. München, Garmisch-Partenkirchen, Dresden, Berlin

07.06.2016 Lunch Discussion mit Rudolph W. Giuliani, ehem. Bürgermeister von New York City, Chair, Cybersecurity and Crisis Management Practice, Greenberg Traurig LLP. China Club, Berlin

07.06.2016 Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik „European Energy Security – Between U.S. LNG and Russian Gas" mit Matthias Warnig, Managing Director, Nord Stream AG; Dr. Andrew Walker, Vice President for Strategy, Cheniere Marketing Ltd., und Dr. Joachim Pfeiffer, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Deutscher Bundestag. Repräsentanz der Bertelsmann SE, Berlin

10.06.2016 Frankfurt Luncheon mit Jackson Janes, Präsident des American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), Johns Hopkins University. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt a.M.

15.06.2016 Dinner mit Kent Walker, Senior Vice President and General Counsel, Google Inc.; Caroline Atkinson, Global Head of Public Policy, Google Inc., und Staatssekretär Matthias Machnig, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. AXICA, Berlin, in Kooperation mit Google Deutschland

16.06.2016 Transatlantic Art Salon mit Allan Neuwirth, Writer and Producer, und Margarethe Baillou, President, MYRA Entertainment Inc. Privathaus von Margarethe Baillou und Peter Wolfram, New York

21.06.2016 Lunch Discussion „How Americans See the World on the Eve of the 2016 Presidential Elections" mit Bruce Stokes, Director Global Economic Attitudes, Pew Research Center. Bloomberg L.P., Frankfurt a.M.

23.06.2016 Regionalgruppe Hamburg „Opt-in or opt-out? Die Zukunft der Europäischen Union im Lichte des britischen Referendums", Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Andreas Dombret, Schatzmeister der Atlantik-Brücke. Kienbaum Executive Consultants GmbH, Hamburg

24.06.2016 Arbeitsgruppe Klima und Energie „Mission Innovation – Clean Energy Collaboration after Paris" mit Melanie A. Kenderdine, Director, Office of Energy Policy and Systems Analysis, U.S. Department of Energy. Noerr LLP, Berlin

29.06.2016 TTIP-Podiumsdiskussion mit Daniel Caspary, Koordinator der Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel, Europäisches Parlament; Klaus Müller, Vorstand, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., und Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Würth Haus, Berlin, in Kooperation mit der Würth Group

29.06.2016 Regionalgruppe London „Nothing to Fear But Fear Itself? A Conversation about Analysing, Managing and Fighting Political Risk and Terrorism" mit Baroness Pauline Neville-Jones, ehem. Staatsministerin für Sicherheit; Ed Butler, Head of Risk Analysis bei Pool Re, ehem. Kommandeur der Brit. Streitkräfte in Afghanistan, und Scott Bolton, Director of Crisis Management, Aon plc. The Aon Centre, London

06.07.2016 Mitgliederversammlung und Gartenfest. Deutsche Bank und Magnus-Haus, Berlin

11.07.2016 Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik „NATO in a World of Disorder: A Conversation on the Outcomes of the Warsaw Summit 2016" mit Botschafter Alexander Vershbow, stellvertretender NATO-Generalsekretär; Dr. Thomas Bagger, Leiter Planungsstab, Auswärtiges Amt, und Derek Chollet, Counselor and Senior Advisor for Security and Defense Policy. China Club, Berlin, in Kooperation mit dem German Marshall Fund

06.–12.08.2016 German-American Young Leaders Conference. Allianz Management Institut, Kempfenhausen

06.09.2016 Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik „Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr", Roundtable-Diskussion mit Dr. Katrin Suder, Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung. Magnus-Haus, Berlin

09.09.2016 Frankfurt Luncheon „Strong Europe" mit Lieutenant General Ben Hodges, Commanding General, U.S. Army Europe. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt a.M.

22.09.2016 Arthur Burns Memorial Lecture mit Mark Carney, Chef der Bank of England und Vorsitzender des Financial Stability Board. Museum für Kommunikation, Berlin

23.09.2016 Lunch Discussion „Pre-Briefing on the U.S. Presidential Elections" mit Carroll Doherty, Director Political Research, Pew Research Center. Magnus-Haus, Berlin

26.09.2016 Frankfurter Sommerfest und Gespräch zur US-Präsidentschaftswahl mit Robert M. Kimmitt, Vorsitzender, American Council on Germany, und James W. Herman, Generalkonsul. Deutsche Bundesbank, Haus Metzler, Frankfurt a.M.

01.–08.10.2016 Studienreise in die USA für Lehrer aus den neuen Bundesländern. Pennsylvania, New York, San Diego

05.10.2016 Regionalgruppe New York „The Current Political Picture in Germany and a Glance Beyond" mit Matthias Naß, Internationaler Korrespondent, „Die Zeit". Residenz der deutschen Generalkonsulin Brita Wagener, New York

07.10.2016 Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik/Regionalgruppe Washington, D.C., „Diplomacy in Light of New Security Challenges" mit Matthias Naß, Internationaler Korrespondent, „Die Zeit"; Prof. Dr. Torsten Oltmanns, Partner Executive Communications und Chairman Global Marketing, Roland Berger GmbH; Michael H. Fuchs, Deputy Assistant Secretary, Bureau of East Asian and Pacific Affairs, U.S. Department of State, und Daniel Restrepo, Senior Fellow, Center for American Progress, Washington, D.C.

09.–14.10.2016 Mitgliederreise USA, „Battleground Study Tour". Madison und Milwaukee, Wisconsin, und Chicago, Illinois, in Kooperation mit der Congressional Study Group on Germany

14.10.2016 Regionalgruppe Hamburg „The Tragedy of Aleppo and the Responsibilities of the Transatlantic Partners" mit Clarissa Ward, Internationale Korrespondentin, CNN. Privathaus Nagila und Max Warburg, Hamburg

20.10.2016 Regionalgruppe München „U.S. Presidential Election: What Are the Americans Thinking?" mit Michael Dimock, Präsident, Pew Research Center. Residenz der US-Generalkonsulin Jennifer D. Gavito, München

26.10.2016 Regionalgruppe München „Challenges to the Liberal International Order: German, Japanese, and U.S. Security Cooperation" mit Derek Chollet, Counselor und Seniorberater für Sicherheits- und Verteidigungspolitik, German Marshall Fund; Dr. Stefanie Babst, Leiterin des Planungs- und Analysestabes der NATO, und Nobushige Takamizawa, ehem. Assistant Chief Cabinet Secretary, Director General of National Information Security Center, Japan. Käferschänke, München, in Kooperation mit dem German Marshall Fund

27.10.2016 Transatlantischer Dialog „Die USA vor der Wahl: Kontinuität oder Paradigmenwechsel in den transatlantischen Beziehungen?" mit Dr. Michael Werz, Senior Fellow, Center for American Progress und Julianne Smith, Director of the Strategy and Statecraft Program, Center for a New American Security. Microsoft-Repräsentanz, Berlin, in Kooperation mit Microsoft

27.–28.10.2016 Deutsch-Kanadische Konferenz. Magnus-Haus und Kanadische Botschaft, Berlin

08.11.2016 US-Wahlparty „Hillary Clinton vs. Donald Trump – Who Will Be the Next President?". Repräsentanz der Bertelsmann SE, Berlin, in Kooperation mit Bertelsmann, CNN, ntv, „Stern", der American Academy in Berlin, der Botschaft der Vereinigten Staaten in Deutschland, Google Inc., UDG United Digital Group GmbH und Porsche AG

11.11.2016 Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik „Eine neue deutsche Sicherheitspolitik? – Kurs- und Standortbestimmung Deutschlands in einer Welt der Krisen" mit Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen. Hotel Adlon, Berlin

11.11.2016 Frankfurt Luncheon „Die USA nach der Wahl" mit Dr. Michael Werz, Senior Fellow, Center for American Progress. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt a. M.

14.11.2016 Abschiedsempfang für Eveline Metzen. Residenz des US-Generalkonsuls James W. Herman, Frankfurt a. M.

16.11.2016 Abschiedsempfang für Eveline Metzen. Karlsson Penthouse, Berlin

01.12.2016 Regionalgruppe New York „A Presentation of United Against Modern Slavery" mit Simone Monasebian, Direktorin New York Office, United Nations Office on Drugs and Crime, und Yasmeen Hassan, Global Executive Director, Equality Now. Privathaus Anahita und Heiko Thoms, New York City

08.12.2016 Dinner und Diskussion mit Prof. Nikita James Nanos, Chairman, Nanos Research Group of Companies. Restaurant Borchardt, Berlin

09.12.2016 Frankfurt Luncheon „The Politics of Anger" mit Prof. Nikita Nanos, Chairman, Nanos Research Group of Companies. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt a. M.

2017

13.01.2017 Frankfurt Luncheon mit Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt a. M.

14.01.2017 Young Leaders Alumni New Year's Reunion. Commerzbank und Restaurant Margarete, Frankfurt a. M.

18.01.2017 Abschied für den US-Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika S. E. John B. Emerson. Kapelle in den Bolle Festsälen, Berlin

20.01.2017 Inauguration des US-Präsidenten 2017, Live-Übertragung und Diskussion mit Prof. Dr. Christian Lammert, Politikwissenschaftler, John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien. Magnus-Haus, Berlin

10.02.2017 Frankfurt Luncheon „Zukunftsperspektiven der Europäischen Union im Lichte des Brexit" mit Martin Kotthaus, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt a. M.

15.02.2017 Arbeitsgruppe Digitalisierung „Future of Mobility" mit Johann Jungwirth, Chief Digital Officer, Volkswagen AG; Chief Technology & Quality Officer Kay Euler, Deutsche Bahn AG; Lars Klingbeil, MdB (SPD), und Jürgen Schlaht, Innovative Technologies Mainline Transport, Siemens AG. Drive – Volkswagen Group Forum, Berlin

19.02.2017 Luncheon im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz „The Democratic World Order Under Siege" mit Dr. Robert Kagan, Senior Fellow Foreign Policy, Project on International Order and Strategy, The Brookings Institution. Bayerischer Hof, München

20.02.2017 Lunch Discussion „How United is the United States? – Polarization and Post-Election Expectations in American Society" mit Jocelyn Kiley, Associate Director of US Political Research, Pew Research Center, Washington, D.C. Magnus-Haus, Berlin

25.02.2017 Atlantik Ball. Hotel InterContinental, Berlin

13.03.2017 Dinner und Gespräch mit Dr. David Lipton, First Deputy Managing Director, IWF. Kameha Suite, Frankfurt a. M.

16.03.2017 Gespräch und Diskussion „Where Do We Take It from Here? Strategische Herausforderungen für die transatlantische Zusammenarbeit" mit Dr. Thomas Bagger, Leiter Planungsstab, Auswärtiges Amt, und Martin Klingst, Politischer Korrespondent, „Die Zeit". Magnus-Haus, Berlin

17.03.2017 Frankfurt Luncheon „Trump 2017: A Year of Uncertainties, Reactions, Hopes and Hedges" mit Douglas A. Rediker, Vorsitzender, International Capital Strategies. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt a. M.

29.03.2017 Kamingespräch „Digital Technologies: Perspectives on the Transatlantic Economy & Society" mit Hans Raffauf, CEO, Clue, und Albert Wenger, Partner, Union Square Ventures. Clue, Berlin

30.03.2017 Transatlantischer Dialog „The End of Europe: Dictators, Demagogues, and the Coming Dark Age" mit James Kirchick, Fellow, Foreign Policy Initiative, und Dr. Richard Herzinger, Korrespondent für Politik und Gesellschaft, „Die Welt". Microsoft-Repräsentanz, Berlin, in Kooperation mit Microsoft

04.04.2017 Get-Together der Mitglieder und Young Leaders-Alumni. Residenz der deutschen Generalkonsulin Brita Wagener, New York

07.04.2017 Reunion für die Teilnehmer der Lehrer-Studienreise in die USA. Feldschlößchen-Stammhaus, Dresden

24.04.2017 Abschied für Botschafterin Marie Gervais-Vidricaire. Bärensaal, Berlin

26.04.2017 Frühstücksgespräch von Atlantik-Brücke und American Jewish Committee „Transatlantische Beziehungen, Antisemitismus und der Kampf gegen den Terror", mit David Harris, CEO des American Jewish Committee. Hotel Regent, Berlin

05.05.2017 Regionalgruppe Rhein-Ruhr „USA unter Präsident Trump – Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen" mit Botschafter Dr. Peter Wittig. Industrie-Club, Düsseldorf, in Kooperation mit der American Chamber of Commerce in Germany und dem Harvard Club Rhein-Ruhr

09.05.2017 Lunch Discussion mit Bryan Lanza, Managing Director, Mercury LLC; Deputy Communications Director im Übergangsteam von Präsident Donald Trump. Hotel Adlon, Berlin

12.05.2017 Frankfurt Luncheon „Digitales Deutschland? – Die Zukunft der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft zwischen den USA und Asien" mit Dr. Joachim Bühler, Mitglied der Geschäftsleitung Politik, Wirtschaft und Technologien, BITKOM e.V. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt a. M.

16.–17.05.2017 Deutsch-Amerikanische Konferenz „Finding Common Ground: Confronting Challenges and Setting Priorities for Europe and the United States". Auswärtiges Amt, Berlin, in Kooperation mit dem American Council on Germany und dem Auswärtigen Amt

17.05.2017 Young Leaders-Alumni Reunion „Democracy under Threat? – Public Discourse and Political Culture in a Changing Media Environment" mit Gordon Repinski, Reporter, „Der Spiegel", und Anton Troianovski, Germany Correspondent, „The Wall Street Journal". Vodafone Stiftung, Berlin, in Kooperation mit der Vodafone Stiftung

23.05.2017 Besuch einer Delegation des U.S. Marine Corps War College. Magnus-Haus, Berlin

09.–10.06.2017 Deutsch-Kanadische Konferenz. Ottawa, Kanada

09.06.2017 Frankfurt Luncheon „Economic and Trade Priorities of the Trump Administration" mit Woodward Clark Price, Gesandter-Botschaftsrat für Wirtschaft, Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

22.06.2017 Arbeitsgruppe Digitalisierung „Digital Skills and the Future of Labor" mit Dirk Wiese, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Victoria Espinel, President and CEO, BSA, The Software Alliance, former Advisor to U.S. President Barack Obama and former Intellectual Property Enforcement Coordinator in the White House; Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.; Dr. Mark Speich, Vorsitzender der Geschäftsführung, Vodafone Stiftung Deutschland. Vodafone Stiftung, Berlin, in Kooperation mit BSA, The Software Alliance und der Vodafone Stiftung Deutschland

28.06.2017 Mitgliederversammlung und Gartenfest mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble. Deutsche Bank und Magnus-Haus, Berlin

Impressum

Herausgeber
Atlantik-Brücke e.V.,
Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

Redaktionsleitung
Katharina Draheim, Dr. David Deißner (verantw.)

Projektleitung
Katharina Draheim

Mitarbeit
Robin Fehrenbach, Chris Newman

—

Verlag
TEMPUS CORPORATE GmbH –
Ein Unternehmen des ZEIT Verlags
Büro Berlin: Askanischer Platz 3, 10963 Berlin
Büro Hamburg: Helmut-Schmidt-Haus,
Buceriusstraße, Eingang Speersort 1,
20095 Hamburg
Geschäftsführung: Jan Hawerkamp

Projektleitung
Yvonne Baumgärtel

Artdirection & Layout
Susanne Kluge, Maria Einhorn

Lektorat
Claudia Kühne (dt.), Lisa Wicklund (engl.)

Herstellung
Dirk Woschei

Repro
twentyfour seven, creative media services gmbh,
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin

Druck
G. Peschke Druckerei GmbH
Taxetstraße 4, 85599 Parsdorf b. München

Bildnachweis

Umschlag	Kai Müller
Lesezeichen	Kai Müller
S. 002	Daniel Biskup; Kai Müller
S. 007–011	Kristoffer Tripplaar
S. 013–015	Fara Breuer/Atlantik-Brücke
S. 017	Michael Gottschalk/Photothek
S. 019	Thomas Trutschel/Photothek
S. 021	Thomas Imo/Photothek
S. 023–029	Thomas Trutschel/Photothek
S. 031–035	Katharina Draheim/Atlantik-Brücke
S. 037	Stefan Krutsch
S. 039–041	Jan Zappner/Raum 11
S. 043–045	Stefan Krutsch
S. 047–049	Paruvana Ludszuweit/Atlantik-Brücke; Anja Koop; Robert Venus
S. 051–055	Viktoria Harbecke/Atlantik-Brücke
S. 057–059	Lennart Preiss/Raum 11
S. 061	Sascha Radke
S. 063–067	Jan Michalko/Raum 11
S. 069	Stefan Maria Rother; Peter Adamik
S. 071–073	Thomas Trutschel/Photothek
S. 075	Gregor Fischer/Raum 11
S. 077–079	Katharina Draheim/Atlantik-Brücke
S. 081–083	Thomas Trutschel/Photothek
S. 085–087	Thomas Trutschel/Photothek
S. 089–091	Marc Müller
S. 093–097	Gregor Fischer; Amélie Losier; Jan Zapper/Raum 11
S. 099	Thomas Trutschel/Photothek
S. 101	Katharina Draheim/Atlantik-Brücke
S. 105	Katharina Draheim/Atlantik-Brücke
S. 107	Gregor Fischer/Raum 11
S. 110	Stanford University; Institut der deutschen Wirtschaft
S. 114	Europäisches Parlament
S. 118	NPR

Gremien

Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzender:
Friedrich Merz, Mayer Brown LLP, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende:
Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Roland Berger GmbH, Hamburg
Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn, MdB (SPD), Deutscher Bundestag, Berlin

Schatzmeister:
Prof. Dr. Andreas Dombret, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main

***

Geschäftsführer:
Dr. David Deißner

Weitere Vorstandsmitglieder

Kai Diekmann, ehemaliger Chefredakteur und Herausgeber, „Bild", Berlin
Jürgen Fitschen, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Angelika Gifford, Hewlett-Packard GmbH, Dornach-Aschheim
Dr.-Ing. Jürgen Großmann, Georgsmarienhütte Holding GmbH, Hamburg
Dr. Ingrid Hengster, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main
Reiner Hoffmann, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin
Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V., Köln
Botschafter Wolfgang Ischinger, Münchner Sicherheitskonferenz, München
Eckart von Klaeden, Daimler AG, Berlin/Stuttgart
Alexander Graf Lambsdorff, MdEP (ALDE), EU-Parlament, Brüssel
Staatssekretär Christian Lange, MdB (SPD), BMJV, Berlin
Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Deutscher Bundestag, Berlin
Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU), Deutscher Bundestag, Berlin
Karsten Uhlmann, Frankfurter Brauhaus GmbH, Frankfurt (Oder)
Max M. Warburg, M.M. Warburg & CO, Hamburg
Dr. Michael Werz, Center for American Progress, Washington, D. C.
Ute Wolf, Evonik Industries AG, Essen

Geschäftsstelle

Geschäftsführung

Geschäftsführer:
Dr. David Deißner

Assistentin der Geschäftsführung:
Mira Walter

Assistentin des Vorsitzenden,
Programmmanagerin,
Buchhaltung/Mitgliederbetreuung:
Jenny Koch

Kommunikation und Dokumentation

Leiterin Kommunikation:
Katharina Draheim

Leiter Analyse und Dokumentation:
Robin Fehrenbach

Programme

Leiterin Programme:
Viktoria Harbecke

Senior-Programmmanagerin:
Anna Maciejowski

Programmmanagerin:
Paruvana Ludszuweit

Programmmanager,
Verantwortlicher Controlling:
Christopher Becker

Atlantik-Brücke e.V. · Magnus-Haus · Am Kupfergraben 7 · 10117 Berlin · info@atlantik-bruecke.org